

HELMUT ALTRICHTER

„OFFENE GROSSBAUSTELLE RUSSLAND“

Reflexionen über das „Schwarzbuch des Kommunismus“

Nach der französischen Originalausgabe und einer Übersetzung ins Italienische ist das „Schwarzbuch des Kommunismus“ 1998 auch auf Deutsch erschienen. Fast 1000 Seiten stark, beschreibt es kommunistische „Unterdrückung, Verbrechen, Terror“. Teil Eins ist dabei der Sowjetunion gewidmet, Teil Zwei der Komintern und dem Spanischen Bürgerkrieg, Teil Drei Polen und dem „übrigen Europa“, Teil Vier Asien (China, Nordkorea, Vietnam, Laos und Kambodscha), Teil Fünf der Dritten Welt (Lateinamerika, Afrika und Afghanistan). In der deutschen Ausgabe ist ein Kapitel über „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ hinzugekommen¹.

In Frankreich, wo das Buch pünktlich zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution erschien, waren innerhalb von drei Monaten 200 000 Exemplare verkauft; in Italien brachte der Berlusconi-Verlag Mondadori den Wälzer zu einem Taschenbuchpreis auf den Markt und setzte in zwei Wochen mehr als 100 000 Exemplare ab; und auch in Deutschland avancierte das Buch rasch in den Bestsellerlisten. Dazu trug vor allem die Einleitung des Herausgebers Stéphane Courtois bei, der die Ergebnisse sehr pointiert zusammenfaßte und die Opferzahlen über die Zeiten und Räume hinweg aufaddierte.

Die von den kommunistischen Parteien und Regimen begangenen Massenverbrechen, so sein Befund, gehörten von Anfang an zum System, geschahen im Namen einer Doktrin, deren rücksichtslose Durchsetzung Teil des Programms war. Sie erfüllten, so Courtois weiter, alle Kriterien von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, wie sie für die Nürnberger Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert (und auch ins französische Strafgesetzbuch von 1992 übernommen) wurden. Insofern sei der kommunistische „Klassengenozid“, die Vernichtung sozialer Gruppen um ihrer bloßen Existenz willen, dem nationalsozialistischen „Rassengenozid“ durchaus an die Seite zu stellen, in der Summe der weltweiten Opfer habe er ihn sogar noch übertroffen. Mit einer gezielten Desinformationspolitik, pochend auf ihre Rolle bei der

¹ Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné/Andrzej Paczkowski/Karel Bartosek/Jean-Louis Margolin (u. a.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert, München/Zürich 1998; alle Hinweise und Zitate beziehen sich auf diese Ausgabe.

Niederwerfung des Faschismus und mit der Hilfe intellektueller Sympathisanten im Westen sei es den kommunistischen Regimen in Moskau und anderswo gelungen, diesen Sachverhalt jahrzehntelang zu verschleiern².

Diese Behauptungen riefen in Frankreich und Italien wie nun auch in Deutschland heftige, wenngleich unterschiedliche Reaktionen hervor. Schon in Frankreich verletzen sie gleich mehrere Tabus. Sie bezichtigten Linksintellektuelle, französische Kommunisten und deren Wähler der geistigen Komplizenschaft mit verbrecherischen Regimen und stuften ihre „glorreiche“ Rolle in der Résistance zum bloßen Versuch herab, Satan im Namen von Beelzebub zu vertreiben; nur der Tatbestand, daß sie nicht an die Macht gelangt seien, habe Schlimmeres verhütet. Diese Anwürfe schienen Ministerpräsident Lionel Jospin so brisant, daß er ihnen im Parlament vehement widersprach und eine Ehrenerklärung für seine drei kommunistischen Kabinettsmitglieder abgab.

In Italien trat der Parteichef der PDS (Partito Democratico della Sinistra), Massimo D'Alema, noch vor Erscheinen des Buches die Flucht nach vorne an. Er räumte ein, daß sich die kommunistische Bewegung überall dort, „wo sie die Macht eroberte, rasch in eine Gewalt der Unterdrückung verwandelt“ habe, daß unter den Fahnen des Kommunismus nicht der neue Mensch entstand, sondern „eine hassenswerte und schreckliche Form der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen“, und daß die KPI Palmiro Togliatti für die „dunklen Jahre des Stalinismus“ eine „Mitverantwortung“ trage. Dieses Eingeständnis brachte, wie ein Beobachter treffend bemerkte, die KPI im „langen Abschied“ von ihrer Vergangenheit ein weiteres Stück voran.

Und hier in Deutschland schienen sich nach Erscheinen des Buches die alten Wagenburgen des Historikerstreits neu zu formieren, auf der einen Seite diejenigen, die es „schon immer“ gewußt hatten, und auf der anderen jene, die sorgenvoll davor warnten, daß jeder Vergleich in apologetischer Absicht mißbraucht, zu einer Verharmlosung der deutschen Verbrechen, einer Relativierung von Auschwitz benutzt werden könne – sofern man nicht überhaupt nur „nekrophile Antikommunisten“ am Werk sah³.

Selbst da, wo sich die Kontrahenten einig schienen, etwa bei der Feststellung, daß das Schwarzbuch „im Prinzip“ nichts Neues bringe, war nicht ausgeschlossen, daß sich ganz Unterschiedliches damit verband. Dahinter konnte der Vorwurf stecken, daß von den Ungeheuerlichkeiten seit jeher wußte, wer von ihnen wissen wollte, aber auch die Weigerung, sich auf die im Schwarzbuch geschilderten Tatbestände „er-

² Vgl. Stéphane Courtois, Die Verbrechen des Kommunismus, in: Ebenda, S. 15 f., 19, 21 f., 25.

³ Die Debatte (mit Beiträgen aus Le Figaro, Le Monde, Le Point, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, taz, Die Zeit, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Die Presse, Merkur und einer Reihe weiterer Publikationsorgane) ist nachzulesen in: Horst Möller (Hrsg.), Der Rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“, München/Zürich 1999. Die Beiträge sind weit differenzierter, als es die Titellei des Verlages vermuten läßt; irreführend ist sie auch insofern, als der Band – verdienstvollerweise – nicht nur deutsche Reaktionen dokumentiert.

neut“ einzulassen, sich inhaltlich mit ihnen auseinanderzusetzen. In beiden Fällen handelte es sich, wie noch zu zeigen sein wird, um Teilwahrheiten. Und schon an der Heftigkeit, mit der die Kontroverse ausgetragen wurde, war abzulesen, daß es nicht nur um die russische, polnische oder chinesische Geschichte, sondern um Probleme mit der eigenen Vergangenheit ging, nicht nur um Wissenschaft, sondern um politische Überzeugungen und Befindlichkeiten.

Daß bei diesem Thema Geschichte und Politik, historische und politische Diskussion nicht zu trennen sind, ist nachvollziehbar. Doch dies gilt erst recht und noch unvergleichlich mehr für jene Länder, die den eigentlichen Gegenstand des Schwarzbuches bilden. Die folgenden Ausführungen versuchen dies am Beispiel Rußlands bzw. der Sowjetunion zu zeigen; sie wechseln gleichsam die Perspektive. Sie erinnern (in einem ersten Kapitel) daran, wie die Debatte um die „weißen Flecken“, die dunklen Seiten der sowjetischen Vergangenheit in den achtziger Jahren in der Sowjetunion selbst begann: Sie war Teil und Ausdruck jener tiefgreifenden Krise, die Anfang der neunziger Jahre zur Auflösung des Staatsverbandes führte. Die Auseinandersetzung setzte sich – jetzt auf viel breiterer Quellenbasis – fort und erweiterte damit unseren Wissensstand erheblich, selbst wenn „im Prinzip“ vieles bereits vorher bekannt gewesen war (davon berichtet das zweite Kapitel). Der Sowjetunionteil des Schwarzbuches (dessen wichtigste Ergebnisse im dritten Kapitel referiert werden) konnte darauf aufbauen und gibt damit eine Art Zwischenbericht; denn vieles bedarf der weiteren Klärung. Während sich die öffentliche Diskussion immer wieder um den Zahlenvergleich der Einleitung drehte (wo Courtois die „rund 25 Millionen“ Opfer des nationalsozialistischen Terrors den „rund hundert Millionen“ kommunistischer Regime gegenüberstellt), versuchen die folgenden Ausführungen (im vierten Kapitel) zu zeigen, daß gerade hier – trotz der neuen Studien – die Wissenslücken groß und die Quellenprobleme erheblich sind. Wichtiger scheint es (wofür das fünfte Kapitel plädiert), die neuen, den Terror betreffenden Ergebnisse in die Politik- und Sozialgeschichte Sowjetrußlands einzubringen und die alten Fragen nach der zentralen Steuerung des Terrors und seinem „Sinn“ neu zu stellen. Dabei kann der Vergleich mit dem nationalsozialistischen Deutschland durchaus helfen, ohne daß man damit, wie mitunter und voreilig befürchtet, Deutschland und die Sowjetunion, Nationalsozialismus und Stalinismus, generell „gleichsetzen“ müßte⁴.

⁴ Für die Sichtung, Beschaffung und Bereitstellung der Literatur (Aufsätze, Sammelbände und Monographien) danke ich herzlich Lilja Antipow, M. A., und Matthias Stadelmann, M. A.; wer weiß, wie zahlreich (und verstreut) diese Literatur inzwischen ist, kann ermessen, welche Last sie mir abgenommen haben. Auch Frau Dr. Gonschior von der Bayerischen Staatsbibliothek München sei für Auskünfte und Mithilfe herzlich gedankt.

I.

Obwohl die sowjetische Geschichte alles andere gewesen sei als ein „beschaulicher Spaziergang“ über den Newski, habe man keinerlei Grund, über die Oktoberrevolution und den Sozialismus nur „hinter vorgehaltener Hand“ zu reden, so als ob man sich ihrer schäme; alle Schlüsselentscheidungen, selbst der „dornenreiche Weg“ der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung, seien „richtig“, „notwendig“, „unverzichtbar“ gewesen. Mit Äußerungen wie diesen versuchte Michail Gorbatschow im Herbst 1987 überzogene Erwartungen im Westen zu dämpfen, seine konservativen Kritiker im Innern zu beschwichtigen, den „aufrechten Kommunisten“ Mut zuzusprechen und der Diskussion über die „weißen Flecken der Vergangenheit“ die Richtung zu weisen⁵.

Nicht Historiker hatten sie begonnen, sondern Schriftsteller, Filmschaffende, Journalisten. Die Lockerung der Zensur hatte es möglich gemacht, daß seit Anfang des Jahres lange Verbotenes gedruckt, Filme freigegeben wurden, auch und gerade über die dunklen Jahre. Erst einmal losgetreten, gewann die historische Debatte rasch an Breite und Tiefe. Überall sah man sich mit ihren Themen konfrontiert, im Kino, im Fernsehen, auf der Bühne; Tageszeitungen griffen sie, erstmals um Leserinteresse konkurrierend, auf; Illustrierte stellten ihre eigenen Recherchen an; Zeitzeugen, Betroffene meldeten sich hier wie dort zu Wort; in den „dicken Journalen“ stieß man auf ihre literarische Verarbeitung⁶.

Die politische Führung war sich des Risikos, das sie eingegangen war, bewußt. Noch im Vorjahr, im Juni 1986, hatte Gorbatschow bei einem Treffen mit sowjetischen Schriftstellern deutliche Vorbehalte geäußert: „Wenn wir anfangen, uns mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, werden wir unsere ganze Energie einbüßen. Das wäre so, als würden wir den Leuten auf den Kopf schlagen.“⁷ Doch auf Dauer machte sich eine Politik, die „Offenheit“ (glasnost) zur Generallinie erklärte, unglaublich, wenn sie die brennendsten Fragen der „vaterländischen Geschichte“ weiterhin tabuisierte. Auch Gorbatschow kam offenkundig im Herbst 1986 zu dieser Überzeugung, stellte seine Bedenken zurück und überraschte im Februar 1987 füh-

⁵ Michail Gorbatschow [Gorbačev], *Perestroika. Die zweite russische Revolution*, München 1987, S. 45, 47, 51. Die Schreibung russischer Namen und Begriffe erfolgt im Haupttext nach den Regeln des Duden, um ungewohnte Schriftbilder (Gorbačev statt Gorbatschow, El'cin statt Jelzin) zu vermeiden, in den Fußnoten nach den Regeln einer Transliteration, wie sie in deutschsprachiger wissenschaftlicher Literatur üblich geworden ist.

⁶ Beste Darstellung vgl. Robert W. Davies, *Soviet History in the Gorbachev Revolution*, London 1989, erweiterte deutsche Ausgabe unter dem Titel: *Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie*, München 1991; fortgeführt mit: Ders., *Soviet History in the Yeltsin Era*, London/New York 1997, sowie Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991.

⁷ Aaron Trehub, *Gorbachev Meets Soviet Writers. A Samizdat Account*, in: *Radio Liberty Research Bulletin* (RL 399/86) vom 23. 10. 1986, S. 3.

rende Medienvertreter mit der lapidaren Feststellung: Man müsse die Geschichte sehen, „wie sie ist“, „vergessene Namen“ und „weiße Flecken“ dürfe es nicht mehr geben, weder in der Literatur noch in der Geschichte; sei es schon schlimm genug, „Namen zu vergessen“, noch viel „amoralischer ist es, ganze Perioden im Leben eines Volkes zu vergessen oder zu verschweigen, eines Volkes, das lebte, glaubte und sich abmühte unter der Führung der Partei, im Namen des Sozialismus“⁸.

Wenn er gehofft haben sollte, der Debatte damit zugleich Ziel und Grenzen vorgeben zu können („Es gab alles, es gab Fehler, auch schwere, aber das Land kam voran“), hatte er sich getäuscht. Nachträgliche Mahnungen (wie die eingangs zitierten) verhallen weitgehend folgenlos. Schlagworte wie „Stalinismus“ und „Totalitarismus“ (von denen die politische Führung noch ein Jahr zuvor gesagt hatte, sie seien von „Gegnern des Kommunismus erfunden“ und würden „im großen Stil dazu benutzt, die Sowjetunion und den Sozialismus insgesamt zu verleumdern“⁹) waren bald in aller Munde. Wie gründlich die Diskussionen das gültige Geschichtsbild binnen Jahresfrist erschütterten, zeigt der Umstand, daß im Mai 1988 die Prüfungen in Geschichte vorübergehend ausgesetzt wurden. Neue Schulbücher mußten erst geschrieben, Lehrpläne aufgestellt werden, um entscheiden zu können, was künftig als richtig oder falsch zu gelten hatte.

Eingeschworen auf das bis dahin geltende Geschichtsbild und dessen bürokratische Verwalter, warteten die Vertreter der historischen Zunft lange, bevor sie reagierten. Und als sie es dann taten, gab es schon nichts mehr „zu retten“. Selbst jene, die als kritische Köpfe gegolten hatten, sahen sich bald mit ihren einstigen Gegnern in dieselbe konservative Ecke gedrängt. Angegriffen oder zu Kommentaren eingeladen, begann die Zunft dann, sich an der laufenden Debatte zu beteiligen und in internen Gesprächsrunden („runden Tischen“) die Desiderata der Forschung zu benennen. Fachzeitschriften wie „Fragen der Geschichte“ oder „Geschichte der UdSSR“ und Sammelbände druckten deren Ergebnisse nach¹⁰.

Die Lücken zu schließen und zu einem neuen Bild der sowjetischen Geschichte zu kommen, war freilich nur möglich, wenn auch die Bibliotheken und Archive ihre Restriktionspolitik aufgaben. Denn die Oberste Zensurbehörde (Glawlit) hatte bis dahin darauf gesehen, daß selbst in wissenschaftlichen Bibliotheken „gefährliche“ Lite-

⁸ M. S. Gorbachev, *Izbrannye reči i stat'i*, Bd. 4, Moskau 1987, S. 373f.

⁹ So Gorbachev bezogen auf den Begriff des Stalinismus im Gespräch mit der Zeitung „L'Humanité“, abgedruckt in: Sowjetunion heute, 1986, Nr. 3, S. III–VIII (Dokumentenbeilage).

¹⁰ Vgl. etwa *Sovetskij Sojuz v 20-e gody*, in: *Voprosy istorii* (künftig: VI) 1988, Nr. 9, S. 3 ff.; *Sovetskij Sojuz v 30-e gody*, in: VI 1988, Nr. 12, S. 3 ff.; *Kollektivizacija. Istoki, suščnost', posledstvija*. Beseda za „kruglym stolom“, in: *Istorija SSSR* 1989, Nr. 3, S. 3 ff.; *Nacional'nyj vopros i nacional'nye otnošenija v SSSR. Istorija i sovremennost'. Materialy „kruglogo stola“*, in: VI 1989, Nr. 5, S. 3 ff.; Nr. 6, S. 130 ff.; *„Kruglyj stol“*. Vtoraja mirovaja vojna – istoki i pričiny, in: VI 1989, Nr. 6, S. 3 ff.; *Aktual'nye problemy sovetskogo istočnikovedenija*. Beseda za „kruglym stolom“, in: *Istorija SSSR* 1989, Nr. 6, S. 36 ff.; *„Kruglyj stol“, Rol' pravoslavnoj cerkvi v istorii Rossii*, in: VI 1990, Nr. 3, S. 84 ff., sowie die Sammelbände: *Istoriki sporjat. Trinadcat' besed*, Moskau 1988; *Perepiska na istoričeskie temy. Dialog vedet čitateľ*, Moskau 1989; *Urok daet istorija*, Moskau 1989.

ratur als „Sonderfond“ in einer „Asservatenkammer“ (spezchran) weggesperrt wurde. In der Moskauer Leninbibliothek waren es 298 239 Bände, 521 054 Nummern von Zeitschriften und 2 498 800 Nummern von Zeitungen; dazu kamen noch einmal 473 760 in der Sowjetunion erschienene Publikationen, die nur von einem engumrissenen Personenkreis eingesehen werden durften¹¹; dort landeten mitunter auch eigene Arbeiten, die man sowjetischen Kollegen auf dem Postweg geschickt hatte.

Vergleichbare „Wachsamkeit“ hatte die Staatliche Archivverwaltung (Glawarchiv) gezeigt und nicht nur Ausländern den Zugang zu sensiblen Materialien der sowjetischen Geschichte seit dem Bürgerkrieg verwehrt. Auch die Gruppe sowjetischer Historiker, die Zugang erhielt, war handverlesen und bekam in der Regel nur Dokumente der niedrigsten Geheimhaltungsstufen („nicht für die Veröffentlichung“ und „vertraulich“) zu sehen. Besonders Auserwählte, denen ein „geheimes“ oder „ganz geheimes“ Schriftstück vorgelegt wurde, hatten sich an strenge Auflagen zu halten, die von der Nichtangabe des Fundorts (bei einer späteren Veröffentlichung) bis zum Verbot, Notizen zu machen und das Gesehene zu verwerten, reichten¹². Für die Forschung faktisch unzugänglich waren die Archive der Partei, des NKWD und des Außenministeriums.

Zögerlich, aber sichtbar begann sich auch hier 1987/88 die Praxis zu ändern. Durfte bis 1986 die Existenz der „Asservatenkammern“ in den Bibliotheken nicht einmal erwähnt werden, so war nun in der Zeitung nachzulesen, daß Glawlit damit begonnen hatte, Teile der „Sonderfonds“ in die allgemeinen Bestände zu überführen¹³. Die staatlichen Archive gaben dem gestiegenen Publikumsinteresse nach, indem sie den Zugang liberalisierten und Bestände freigaben, die noch kurz zuvor als Staatsgeheimnis gehütet worden waren. Dazu gehörten unter anderem die Unterlagen der Volkszählungen von 1937 und 1939 (selbst wenn die sie einsehenden sowjetischen Historiker nach altem Brauch in den nachfolgenden Publikationen ihre Fundorte nicht angeben durften). Die Materialien erlaubten (im Vergleich mit der Zählung von 1926) eine erste Abschätzung der „Bevölkerungsverluste“, der demographischen Begleiterscheinungen und Folgen der Kollektivierung, der ihr folgenden Hungerkatastrophe und der Repressionen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Das Ergebnis (ein „Fehlbestand“ von 8 bis 12 Millionen) erschien Stalin seinerzeit so alarmierend, daß er die Verantwortlichen erschießen und das Ergebnis korrigieren

¹¹ Evgenij Kuz'min, *Specchran. Sekret'naja instrukcija o dojkje korov*, in: *Literaturnaja gazeta*, N° 34, 28. 8. 1991, S. 14.

¹² *Perestrojka v archivnom dele: po puti revoljucii ili reform?*, in: *Voprosy istorii KPSS* 1990, N° 1, S. 4, 54.

¹³ Dazu war 1987 eine spezielle Kommission gegründet worden, und um die Sache zu beschleunigen, gab Glawlit den Einrichtungen, die „Sonderfonds“ besaßen, das Recht, selbst zu entscheiden, was sie für die allgemeine Benutzung freigaben (die Reaktionen waren eher verhalten); in der Leninbibliothek gewährte man nun Journalisten, Promovierten und Habilitanden dazu freien Zugang; vgl. *Vozraščeno iz specfondov. Člen kollegii Glavnogo upravlenija po ochrane gosudarstvennyh tajn v pečati pri Sovete Ministrov SSSR (Glawlit SSSR) V. A. Solodin*, in: *Sovetskaja kul'tura*, N° 35, 22. 3. 1988, S. 8.

ließ¹⁴. Selbst das Zentrale Parteiarchiv begann – dem Kurs der Führung folgend – mit Artikelserien zu den Schauprozessen der dreißiger Jahre und ihren Hintergründen; es veröffentlichte Anfang 1991 auch das Protokoll des denkwürdigen ZK-Plenums vom 2. bis 7. Juli 1953, auf dem die Amtsenthebung und der Parteiausschluß Lawrenti Berijas abgesehen worden waren¹⁵.

Seit 1987/88 war darüber hinaus von einer generellen Neuregelung der Zugangsbedingungen für die staatlichen Archive die Rede, die – wenn auch mit Einschränkungen – die international übliche 30-Jahresfrist zu übernehmen versprach¹⁶. Doch das angepeilte Gesetz ließ auf sich warten, seine Ausformulierung wurde Teil der Auseinandersetzungen zwischen „Demokraten“ und „Konservativen“ und seit 1990 auch zum Kompetenzstreit zwischen Rußland und der Gesamtunion, Jelzin und Gorbatschow. So hatte sich beim Ministerrat der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) ein Russisches Komitee für Archivangelegenheiten (Roskomarchiv, unter dem Vorsitz von Rudolf G. Pichoja) gebildet, das in Konkurrenz zur gesamtsowjetischen Archivverwaltung (Glawarchiv, unter dem Vorsitz von Fjodor M. Waganow) trat. Der Durchbruch gelang dem Komitee nach dem mißglückten Putsch vom August 1991. Jetzt erst schienen alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, um die historischen Fundamente von Staat und Gesellschaft wirklich freizulegen.

II.

Dekrete von Boris Jelzin verboten der Kommunistischen Partei in Rußland jede weitere Tätigkeit, bis ihre Rolle beim Putsch geklärt war; sie nationalisierten das Parteivermögen und übergaben es zur treuhänderischen Verwaltung den jeweiligen Orts- und Gebietssovjets; für das Zentrale Parteiarchiv, die Handakten der Allgemeinen Abteilung des Zentralkomitees und die regionalen Parteiarchive (einschließlich aller Baulichkeiten und des Personals) sollten künftig die staatlichen Archivverwaltungsstellen Rußlands zuständig sein; die Begründung hierfür lautete: Weil die Partei de

¹⁴ Iz archivov goskomstata SSSR. Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1937 g., in: Vestnik statistiki 1990, № 7, S. 65 ff.; № 8, S. 66 ff.; E. Andreev/L. Darskij/T. Char'kova, Opyt ocenki čislennosti naselenija SSSR 1926–1941 gg. (kratkie rezul'taty issledovanija), in: Vestnik statistiki 1990, № 7, S. 34 ff.; V. V. Caplin, Statistika žertv stalinizma v 30-e gody, in: VI 1989, № 4, S. 175 ff.; F. D. Livšic, Perepis' naselenija 1937 goda, in: A. G. Volkov (Hrsg.), Demografičeskie processy v SSSR. Sbornik naučnych trudov, Moskau 1990, S. 174 ff.; Ju. A. Poljakov/V. B. Žiromskaja/I. N. Kiselev, Polveka molčanijsa, Vsesojuznaja perepis' naselenija 1937 g., in: Sociologičeskie issledovanija 1990, № 7, S. 50 ff.; № 8, S. 30 ff.; A. Volkov, Iz istorii perepisi naselenija 1937 goda, in: Vestnik statistiki 1990, № 8, S. 45 ff.; V. B. Žiromskaja, Vsesojuznye perepisi naselenija 1926, 1937, 1939 godov. Istorija podgotovki i provedenija, in: Istorija SSSR 1990, № 3, S. 84 ff.; Catherine Merridale, The 1937 Census and the Limits of Stalinist Rule, in: The Historical Journal 39 (1996), S. 225 ff.; Alec Nove, How many victims in the 1930s?, in: Soviet Studies 42 (1990), S. 369 ff.

¹⁵ Vgl. dazu etwa Izvestija CK KPSS seit 1989 passim; zu Berija vgl. Delo Berija. Plenum CK KPSS. 2–7 ijul' 1953. Stenografičeskij očet, in: Ebenda 1991, № 1, S. 139 ff.; № 2, S. 141 ff.

¹⁶ Vgl. Davies, Soviet History in the Yeltsin Era, S. 90 f. (mit Einzelnachweisen).

facto als Teil des Staatsapparates fungiert hatte, mußten auch die daraus hervorgegangenen Dokumente in die Obhut des Staates übernommen werden. Die Moskauer Stadtverwaltung ließ die Parteizentrale (das ZK-Gebäude am „Alten Platz“) versiegeln, um einer Vernichtung von Aktenbeständen vorzubeugen¹⁷.

Der Direktor des Zentralen Parteiarchivs verlor seinen Posten, und die Institution selbst wurde in „Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und die Erforschung von Dokumenten der Neuesten Geschichte“ (RCChIDNI) umbenannt, der Handaktenbestand der Abteilungen des Zentralkomitees mit Dokumenten aus der Zeit nach 1952 zum „Zentrum für die Aufbewahrung einer zeitgenössischen Dokumentation“ (CChSD). Die Bestände des alten Zentralen Parteiarchivs wurden im Dezember 1991 für die Benutzung freigegeben, seine Findbücher konnte man auf Mikrofilm im allgemeinen Lesesaal einsehen, die früheren peniblen Benutzungsaufgaben entfielen. Ähnliches galt für das CChSD ab Februar 1992¹⁸.

Auch die Archive des KGB, dessen Vorsitzender am mißglückten Putsch beteiligt gewesen war, wurden Ende August 1991 per Dekret der russischen staatlichen Archivverwaltung unterstellt. Eine Parlamentskommission (unter dem Vorsitz von Dimitri Wolkogonow) hatte den Transfer von KGB- und Parteiarchivbeständen zu überwachen und die anschließende Deklassifizierung der Dokumente in die Wege zu leiten. Schon früher waren die Akten der Lagerhauptverwaltung (GULAG) für die Zeit zwischen 1934 und 1960 aus dem Innenministerium an die staatlichen Archive abgegeben worden. Sie waren Ende 1992 im „Staatsarchiv der Russischen Föderation“ (GARF), das früher „Zentrales Staatsarchiv der Oktoberrevolution“ geheißen hatte, einsehbar, und dies sowohl für russische wie ausländische Forscher.

Angesichts des Umstands, daß „in den Jahren der Sowjetmacht Millionen Menschen Opfer der Willkür eines totalitären Staates wurden, Repressionen wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugungen, aus sozialen, nationalen oder anderen Gründen ausgesetzt waren“, hatte der Oberste Sowjet der RSFSR am 18. Oktober 1991 diesen „langjährigen Terror“ verurteilt, den davon Betroffenen sein „tiefes Mitgefühl“ ausgedrückt und ein Gesetz zur Rehabilitierung aller politischen Opfer „seit dem 25. Oktober/7. November 1917“ (dem Tag der bolschewistischen Oktoberrevolution) beschlossen, das neben der Wiedereinsetzung in ihre staatsbürgerlichen Rechte auch eine materielle und moralische Wiedergutmachung versprach. Es bezog sich auf alle, die aus politischen Motiven wegen Staats- und anderer Verbrechen verurteilt, von Organen der Tscheka und ihren Nachfolgeorganisationen, der Staatsanwaltschaft und ihren Kollegien, Kommissionen, „Sonderberatungen“, Dwoikas, Troikas und anderen Organen, die Gerichtsfunktionen ausübten, mit repressiven Strafen belegt,

¹⁷ Beide Ukasse des Präsidenten der RSFSR (über die KGB- und Parteiarchive) vom 24. 8. 1991, die nachfolgende Verordnung des Ministerrates der RSFSR vom 12. 10. 1991 sowie ein Interview mit Pichojka auch abgedruckt in: Otečestvennye archivy 1992, № 1, S. 3 ff.

¹⁸ Vgl. Byvsij Central'nyj partarchiv otkryvaet dveri; Posle vychoda prezidentskich ukazov, in: Otečestvennye archivy 1992, № 2, S. 3 ff.; 12 f., 15 f.; Prezentacija. Centr chranenija sovremennoj dokumentacii; Archivnaja reforma. Problemy, puti razvitiia (rassirennoe zasedanie kollegii Roskomarchiva), in: Ebenda, № 3, S. 3 ff.

auf administrativem Weg (also ohne Gerichtsverhandlung) ausgewiesen, verbannt, in Spezialsiedlungen verbracht, unter Einschränkung der Freiheit zu Zwangsarbeit herangezogen, unter anderem in den „Arbeitskolonien“ des NKWD, oder auf sonstige Weise in ihren Rechten und Freiheiten beeinträchtigt, schließlich auf Anordnung von Gerichten und außergerichtlichen Organen in psychiatrischen Kliniken einer Zwangsbehandlung unterzogen worden waren. Das Recht, einen entsprechenden Antrag auf Rehabilitierung zu stellen, hatten nicht nur die Repressierten selbst, sondern auch andere Personen und gesellschaftliche Organisationen. Die Repressierten und – im Falle ihres Todes – ihre Nachkommen hatten ein Anrecht auf in den Akten verwahrte Manuskripte, Photographien und sonstige persönliche Dinge, und die staatlichen Organe waren verpflichtet, Antragstellern über das Todesdatum, die Todesursache und die Grabstelle Auskünfte zu erteilen. Jeder Antrag war binnen drei Monaten zu behandeln. Eine Flut von entsprechenden Gesuchen folgte, und auf Grund der behördlichen Auskünfte begannen Vereine und Gesellschaften (wie Memorial), regionale „Erinnerungsbücher“ der Repressionsopfer zusammenzustellen¹⁹.

Zur Erschließung der umfangreichen Archivbestände und zur Aufarbeitung der Vergangenheit wurden auch gemeinsame Projekte mit westlichen Forschergruppen vereinbart: So entstanden in Zusammenarbeit mit dem Center for Russian and East European Studies der Universität Pittsburgh Führer für das „Russische Zentrum für die Aufbewahrung und die Erforschung von Dokumenten der Neuesten Geschichte“, das „Staatsarchiv der Russischen Föderation“ und das „Russische Staatliche Wirtschaftsarchiv“²⁰. Eine deutsch-russische Kooperation zur „Entwicklung der Infrastruktur in Moskauer und Petersburger Archiven“ unterstützte die Sichtung der persönlichen Sammlungen und Nachlässe im früheren Zentralen Parteiarchiv²¹. Das

¹⁹ Vgl. etwa *Ne predat' zabveniju. Kniga pamjati repressirovannyh v 30–40-e i načale 50-ch godov, svjazannyh sud'bami s Jaroslavskoj oblastju*, 3 Bde., Jaroslavl' 1993–95; *Iz bežy nabymija. Kniga pamjati repressirovannyh Kalužan*, Kaluga 1993; *Kniga pamjati žertv političeskich repressij Kemerovskoj oblasti*, Kemerovo 1996; *Leningradskij martirolog*, 2 Bde., St. Petersburg 1996; *Rass-trel'nye spiski*, vyp. 2: *Vagan'kovskoe kladbišče*, Moskau 1995; *Kniga pamjati žertv političeskich repressij novgorodskoj oblasti*, 6. Bde., Novgorod 1993–97; *Boľ' ljudskaja. Kniga pamjati tomičej repressirovannyh v 30–40-e i načale 50-ch godov*, 4. Bde., Tomsk 1991–94; *Altaj Respublika. Političeskij repressijalard bolgondordyn. Ezeminin bičigi*, Bd. 1, Gorno-Altajsk 1996; *Tragedija naroda. Kniga pamjati žertv političeskich repressij respubliki Mari el*, Bd. 1, Joškar-Ola 1996 (dort auch einleitend abgedruckt die entsprechende Gesetzgebung). Zur Entstehung und Bedeutung der „Erinnerungsbewegung“ vgl. Kathleen E. Smith, *Remembering Stalin's Victims. Popular Memory and the End of the USSR*, Ithaca/London 1996.

²⁰ Vgl. *Rossijskij Centr Chranenija i Izučeniya Dokumentov Novejšej Istorii. Kratkij putevoditel'*, Moskau 1993; *Fondy Gosudarstvennogo archiva Rossijskoj Federacii po istorii Rossii XIX–načala XX vv. Putevoditel'*, I., Red.: Gregory L. Freeze, Jeffrey P. Burds, William J. Chase, J. Arch Getty, Moskau 1994; *Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ėkonomiki. Putevoditel'*, I. *Kratkij spravočnik fondov*. Red.: William Chase, Jeffrey Burds, S. V. Praslova, A. K. Sokolov, E. A. Tjurina, Moskau 1994.

²¹ Vgl. *Rossijskij Centr Chranenija i Izučeniya Dokumentov Novejšej Istorii. Putevoditel'* po fon-dam i kollekcijam ličnogo proizchoždenija, Moskau 1996 (dabei wurde im Impressum Manfred Heinemann, Hannover, und Dietrich Beyrau, Tübingen, persönlich gedankt).

Lotman-Institut für Russische und Sowjetische Kultur Bochum half bei der Erstellung eines Führers für das „Russische Staatsarchiv für Literatur und Kunst“ (RGALI) Moskau²².

In einer viel nationalen Staub aufwirbelnden Vereinbarung einigten sich 1992 das Hoover-Institut Stanford, die Russische Staatliche Archivverwaltung (Rosarchiv) und der britische Verleger Sir Charles Chadwyck-Healey, einen riesigen Bestand ausgewählter Archivmaterialien aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv und anderen Archiven zu verfilmen und in einer Mikrofilm-Edition gegen harte Währung zum Verkauf anzubieten; die Rede war von mindestens 25 Millionen Aufnahmen auf 25 000 Filmrollen, dazu 3000 Filmrollen Findhilfen (die auch über das Internet zugänglich sein sollten)²³. Was sich zunächst wie ein bloßes Gerücht anhörte, wurde in den nächsten Jahren Stück für Stück Realität und war für Hunderttausende von DM zu erwerben²⁴.

Yale University Press, GARF, RCChIDNI und andere russische Archive vereinbarten, Dokumentenbände zu wichtigen Themen in parallelen Editionen (d. h. in Russisch und Englisch) herauszubringen. Die ersten drei Bände, die Mitte der neunziger Jahre erschienen, waren eine Edition von 79 Briefen Stalins an Molotow aus den Jahren zwischen 1925 und 1936 (in denen letzterer Mitglied des Politbüros und engster Mitarbeiter des Diktators gewesen war), eine Dokumentation zur Verhaftung, Internierung und Ermordung der Zarenfamilie (mit Auszügen aus der Korrespondenz, deren Tagebüchern und offiziellen Dokumenten) sowie ein Quellenband mit 92 Dokumenten aus dem Kominternarchiv über die Geheimaktivitäten der Amerikanischen Kommunistischen Partei²⁵.

²² Vgl. Russisches Staatsarchiv für Literatur und Kunst. Vollständiger Archivführer. CD-ROM-Edition, hrsg. von Klaus W. Waschik und Natalija B. Volkova, München 1996.

²³ Vgl. Research, Ethics and Marketplace. The Case of the Russian Archive, in: *Slavic Review* 52 (1993), S. 88; zur innerrussischen Diskussion vgl. das Interview mit Pichoj, in dem er zu den in Moskau umlaufenden „Gerüchten“ über die „Jahrhundertangelegenheit“ Stellung nahm (Krupnejšaja archivnaja sdelka s amerikancami, kotoroj protivjatsja naši istoriki, in: *Izvestija*, N° 57, 7. 3. 1992, S. 2); die Entgegnung von Jurij Afanas'ev (Proizvol v obraščanii s obščestvennoj pamjat'ju nedopustim, in: Ebenda, N° 58, 9. 3. 1992, S. 3), sowie die Erwiderung Pichojas zum angeblichen „Ausverkauf der historischen Erinnerung“ (Fakty i vymysly o „rasprodaže istoričeskoj pamjati“, in: Ebenda, N° 65, 17. 3. 1992, S. 3).

²⁴ In der Bundesrepublik wird die Mikrofilmsammlung des „Russian Archives Preservation Project“ (mit Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft) von der Bayerischen Staatsbibliothek erworben; bisher sind es etwa 8700 Filmrollen, wofür etwa 1,3 Millionen DM zu zahlen waren; vgl. auch Freddy Litten, Gesamtverzeichnis der ausländischen mikroverfilmten Archivalien in der Bayerischen Staatsbibliothek (Osteuropa-Institut, Mitteilungen Bd. 36), München 1998.

²⁵ Vgl. Stalin's Letters to Molotov, 1925–1936, ed. by Lars T. Lih, Oleg V. Naumov, Oleg V. Khlevnjuk, foreword by Robert C. Tucker, New Haven/London 1995 (eine deutsche Ausgabe: Stalins Briefe an Molotow, 1925–1936, erschien 1996 in Berlin); Mark D. Steinberg/Vladimir M. Khrustal'ev (Hrsg.), *The Fall of the Romanovs. Political Dreams and Personal Struggles in a Time of Revolution*, New Haven/London 1995; *The Secret World of American Communism*, ed. by H. Klehr, J. E. Haynes, F. I. Firsov, New Haven/London 1995.

Die italienische Feltrinelli-Stiftung übernahm die Finanzierung eines Bandes zu den ersten drei Kominformkonferenzen von 1947, 1948 und 1949, der in Kooperation mit dem RCChIDNI entstand und neben den Wortprotokollen, samt ihrer Übertragung ins Englische, auch reichlich Kommentare und Materialien zu ihrer Einordnung enthielt²⁶. Ein amerikanisch-russisches Konsortium von Archiven und Forschungseinrichtungen besorgte eine mehrbändige Dokumentation zur Rolle der Menschewiki im Jahre 1917, die – unter der Herausgeberschaft von Ziva Galili, Albert P. Nenarokow und Leopold Haimson – zwischen 1994 und 1997 erschien²⁷. Reihenwerke zu anderen nichtbolschewistischen Parteien, wie den Anarchisten, Sozialrevolutionären, den Kadetten oder den Oktobristen, liefen parallel oder folgten²⁸.

Das Zentrum für sozial-humanitäre Bildung der Moskauer Staatsuniversität, Istituto Italiano per gli studi filosofici, Ecole des hautes études en sciences sociales und Maison des sciences de l'homme zeichneten verantwortlich für eine Edition von Dokumenten zur Tätigkeit des Politbüros in den dreißiger Jahren; sie erschien 1995 in der russischsprachigen Reihe „Dokumente der sowjetischen Geschichte“, zu deren international besetztem Herausbergremium Franco Venturi, Michael Confino, A. V. Surin, Moshe Lewin und Eugene Zaleski gehören. Der Band enthielt 153 Dokumente, Entscheidungen, Auszüge aus den Sitzungsprotokollen und dem Briefwechsel seiner Mitglieder, die sich im früheren Zentralen Parteiarchiv fanden, allerdings nicht die „ganz geheimen“ Politbüro-Entscheidungen, die in „Sondermappen“ verwahrt und dem Präsidentenarchiv zugeschlagen wurden²⁹. Als zweiter Band der Reihe kam im Folgejahr eine Sammlung von Briefen führender Bolschewiki heraus; sie sollte die informelle Seite der Politik, die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Gruppenbildungen in den Jahren der Revolution, des Bürgerkrieges und der Neuen Ökonomischen Politik illustrieren³⁰. Der dritte Band trug die Sicht „von unten“ nach, mit Briefen, die einfache Bürger in diesen Jahren – als Anträge, Vorschlä-

²⁶ Vgl. The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947, 1948, 1949, ed. by G. Procacci with G. Adibekov, A. Di Biagio, L. Gibianskij, F. Gori, S. Pons, Annali of the Feltrinelli Institut, Bd. 30, 1994.

²⁷ Vgl. Men'seviki v 1917 godu. Pod obščej redakciej Z. Galili, A. Nenarokova, L. Chejmsona (3 Bände in 4 Teilen), Moskau 1994–1997; vgl. auch Men'seviki. Dokumenty i materialy 1903–1917 gg., Red.: O. V. Volobuev, V. V. Žuravlev, A. P. Nenarokov, A. K. Sorokin, S. V. Tjutjukin, V. V. Šelochaev, Moskau 1996.

²⁸ Vgl. Partija Socialistov-Revoljucionerov. Dokumenty i materialy 1900–1922 gg. V 3 tomach, Bd. 1: 1900–1907, Moskau 1996; Protokoly Central'nogo komiteta i zagraničnyh grupp konstitucionnodemokratičeskoj partii, Moskau 1994ff.; Partija „Sojuz 17 oktjabrja“. Protokoly s-ezdov, konferencij, zasedanij CK, Moskau 1996ff.; vgl. auch: Rossijskie liberaly. Kadety i oktjabristy. Dokumenty, vospominanija, publicistika. Sostaviteli: D. B. Pavlov, V. V. Šelochaev, Moskau 1996.

²⁹ Vgl. Stalinskoe politbjuro v 30-e gody. Sbornik dokumentov. Sostaviteli: O. V. Chlevnjuk, A. V. Kvašonkin, L. P. Košleva, L. A. Rogovaja, Moskau 1995.

³⁰ Bol'shevistskoe rukovodstvo. Perepiska. 1912–1927. Sostaviteli: A. V. Kvašonkin, O. V. Chlevnjuk, L. P. Košleva, L. A. Rogovaja, Moskau 1996.

ge, Beschwerden und in Form von Denunziationen – an die Staatsmacht richteten, ein Spiegel von Stimmungslagen und Mentalitäten³¹.

Zwei ausgewiesene Agrarwissenschaftler aus Rußland und Großbritannien, Historiker der eine, Soziologe der andere, und jeder von beiden selbst ein Stück Zeitgeschichte, Wiktor P. Danilow und Teodor Shanin, übernahmen die Leitung eines Projektes, das sich die Erforschung und Dokumentation der „Bauernrevolution in Rußland 1902–1922“ zum Ziele setzte. Dessen erster Band erschien 1994 und dokumentierte das Ende: den großen Bauernaufstand im Gouvernement Tambow 1919–1921, der sich – unter der Führung Alexander S. Antonows, eines ehemaligen Mitglieds der sozialrevolutionären Partei – gegen die bolschewistische Getreiderequisitionspolitik richtete. Die Verbände der Aufständischen, die auf bis zu 40 000 Mann answollen, fanden dabei Rückhalt in weiten Teilen der bäuerlichen Bevölkerung. Erst Anfang der zwanziger Jahre gelang es den Truppen der Tschecha und der Roten Armee, den Widerstand zu brechen, mit dem Einsatz moderner Technik gegen die Bauernpartisanen und von Massenterror gegen die Zivilbevölkerung³².

Wiktor P. Danilow zeichnet zusammen mit Alexis Berelowitch (aus Frankreich) auch verantwortlich für eine auf 4 Bände veranschlagte Dokumentation, die die streng vertraulichen Berichte der Geheimpolizei über die Lage auf dem Land und die Durchführung der agrarpolitischen Kampagnen der Forschung zugänglich machen soll. Als Projekt 1993 begonnen und getragen vom Institut für Russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, der Maison des sciences de l'homme und dem Institut d'histoire du temps présent (CNRS), erschien nach Vorstudien und längerer Vorbereitungszeit 1998 der erste Band³³. Gemeinsam wurde vom Zentrum für Russische und Osteuropäische Studien der Universität Toronto (CREES) und dem Staatlichen Archiv des Gebietes von Rjazan' auch eine regionalgeschichtliche Dokumentation zu den Umbruchsjahren 1929/30 in Angriff genommen, die nun als stattlicher Band vorliegt³⁴.

³¹ Vgl. *Pis'ma vo vlast'. 1917–1927. Zajavlenija, žaloby, donosy, pis'ma v gosudarstvennye struktury i bol'shevistskim voždjam*. Sostaviteli: A. Ja. Livšin, I. B. Orlov, Moskau 1998. Ergänzend sei verwiesen auf die Parallelerscheinung: *Golos naroda. Pis'ma i otkliki rjadovych sovetskich graždan o sobytijach 1918–1932 gg.* Otvetsvennyj redaktor A. K. Sokolov, Moskau 1998, gedruckt wiederum mit Unterstützung von Yale University Press.

³² Vgl. *Krest'janskoe vosstanie v Tambovskoj gubernii v 1919–1921 gg. („Antonovščina“)*. Dokumenty i materialy, hrsg. vom Institut Rossijskoj istorii RAN, Meždisciplinarnyj akademičeskij centr social'nych nauk (Intercentr), Gosudarstvennyj Archiv Tambovskoj oblasti [i dr.], eingel. von V. Danilov, S. Esikov, V. Kaniščev, L. Protasov, Tambov 1994 (als Teil der Reihe „Krest'janskaja revoljucija v Rossii 1902–1922 gg.“).

³³ Vgl. die Vorstellung des Projekts Wiktor Danilov/Alexis Berelowitch, *Les documents de VCK-OGPU-NKVD sur la campagne soviétique 1918–1937*, in: *Cahiers du Monde russe* 35 (1994), Nr. 3, S. 633 ff.; *Soverskaja derevnja glazami VCK-OGPU*, Bd. 1: 1918–1922. Dokumenty i materialy. Red. kollegija toma: A. Berelovič, V. Danilov, N. Vert, V. Vinogradov, L. Dvojnych, Moskau 1998.

³⁴ Vgl. *Rjazanskaja derevnja v 1929–1930 gg. Chronika golovokruženija*. Dokumenty i materialy. Otvetsvennyje redaktory-sostaviteli: L. Viola, T. MacDonald, S. V. Žuravlev, A. N. Mel'nik, Moskau 1998.

So wichtig die Kooperation in der Anfangsphase war (und angesichts der sehr bescheidenen, für die Wissenschaft zur Verfügung stehenden Mittel mehr denn je ist), die historische Forschung im neuen Rußland beschränkte sich nicht auf die genannten Gemeinschaftsprojekte und Quelleneditionen. Ein retrospektiver Blick in die historischen Fachzeitschriften mag die Entwicklung verdeutlichen. Schien man Anfang der neunziger Jahre, sofern man nicht auf Felder der älteren Geschichte auswich, noch ganz damit beschäftigt, im Westen längst bekannte Memoiren (Chruschtschows, des „weißen“ Generals Denikin, des Historikers Gote) in Artikelserien nachzudrucken, Aufsätze „bürgerlicher“ Fachkollegen einzuwerben oder die sowjetische Geschichte im neuen Licht der – scheinbar alles erklärenden – Totalitarismustheorie umzuwerten, so füllten sich die Seiten allmählich mit Beiträgen, die bereits auf der Auswertung neuzugänglicher Quellenbestände fußten. Die seit Ende der achtziger Jahre heftig diskutierten Fragen aufgreifend, wandte man sich besonders jenen dunklen Seiten der sowjetischen Geschichte zu, die über Jahrzehnte tabuisiert gewesen waren: der Rolle der Gewalt bei der Durchsetzung bolschewistischer Politik in der Revolution und im Bürgerkrieg (wobei die dabei gemachten Erfahrungen ihre weitere Entwicklung nachhaltig prägten); der Neuen Ökonomischen Politik, die wohl von Anfang an nur als Notbehelf und Übergangserscheinung gesehen wurde; der forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung, die die Gewaltpolitik fortsetzten; den Säuberungen der dreißiger Jahre; der Frage nach den Gründen und Schuldigen an den Anfangsniederlagen im Zweiten Weltkrieg; der Deportierung ganzer Völker im Laufe des Krieges; der Jahrzehnte verschwiegenen Hungersnot, die dem Krieg folgte; den neuen Verfolgungen Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre; schließlich den Verwicklungen der Nachfolger in die Stalinsche Politik. Zu manchen dieser Themen liegen inzwischen auch Monographien vor³⁵. Dazu kommt selbstredend eine ganze Reihe westlicher Studien, auf die noch zu verweisen sein wird.

Sicher war nicht alles gleich überzeugend, auch nicht jede Kooperation für die Forschung ein Glücksfall, manche Hoffnung eine Illusion. Wenn der amerikanische Verlag Crown Publishers für eine Summe von einer Million Dollar mit der Nachfolgeorganisation des KGB die Herausgabe einer bis zu zehnbändigen Dokumentationsreihe vereinbarte und den Geheimdienstlern selbst die Auswahl überließ, war die Skepsis der seriösen Forschung von Anfang an groß. Sichernten sich Verlage die Editionsrechte an Quellenbeständen, blieben sie mitunter anderen verschlossen. Solche Absprachen leisteten einer Kommerzialisierung der Forschung Vorschub, wie sie auch in der drastischen Steigerung der Gebührensätze für Mikrofilme und Photo-

³⁵ Verwiesen sei nur auf A. L. Litvin, *Krasnyj i belyj terror v Rossii, 1918–1922 gg.*, Kazan' 1995; Ju. Goland, *Valjutnoe regulirovanie v period NEPa*, Moskau 1993; O. V. Chlevnjuk, 1937–j: Stalin, NKVD i sovetskoe obščestvo, Moskau 1992; ders., Stalin i Ordžonikidze. Konflikty v politburo v 30-e gody, Moskau 1993; V. F. Zima, *Golod v SSSR. 1946–1947 godov. Proischoždenie i posledstvija*, Moskau 1996; *Specpereselency v zapadnoj Sibiri*, Bd. 1: 1930 – vesna 1931 g., Bd. 2: vesna 1931 – načalo 1933 g., Bd. 3: 1933–1938. Red.: V. P. Danilov, S. A. Krasil'nikov, Novosibirsk 1992–1994.

kopien ihren Ausdruck fand. Gerade dies hatte aber oft noch einen zweiten, wichtigeren Grund: Da der Staat seine Zuwendungen an Archive einschränkte, im Winter kaum geheizt werden konnte, Gehälter oft monatelang nicht gezahlt wurden, versuchte man, sich auf diese Weise über Wasser zu halten³⁶.

Selbst wenn das Rad nicht mehr zurückgedreht werden konnte, wurde schon gegen Mitte der neunziger Jahre deutlich, wie die historische Forschung von der allgemeinen politischen Konjunktur abhängig blieb. Hatte sich Jelzin Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre als Reformler und Demokrat gegenüber Gorbatschow profiliert, so paßte er sich nun den neuen Kräfteverhältnissen an. Der Prozeß der Deklassifizierung zog sich in die Länge. Statt einer generellen Lösung wurden (1993) neue Kommissionen gebildet und (Anfang 1995) neue Sicherheitsbelange formuliert. Ende 1995 kündigte die russische Seite den Vertrag mit dem Hoover-Institut zur Fortführung des Mikrofilmprojektes. Anfang 1996 trat der Vorsitzende der Russischen Staatlichen Archivverwaltung (Pichoja) zurück. Daß die KGB-Archive wirklich, wie 1991 versprochen, in die Obhut der allgemeinen staatlichen Archivverwaltung überführt und frei zugänglich würden, war inzwischen unwahrscheinlich geworden. Gleiches galt für das „Präsidentenarchiv“. Aus einem Sonderfonds der Allgemeinen Abteilung des Zentralkomitees hervorgegangen, bewahrte es das streng gehütete Allerheiligste, die Sondermappen mit den ganz geheimen Entscheidungen des Politbüros, die Nachlässe aller Generalsekretäre der Partei und ihrer wichtigsten Mitarbeiter auf. Für Gorbatschow eingerichtet, wurde es bei der Auflösung der UdSSR dem Präsidenten Rußlands übergeben – und blieb in seiner Verfügungsgewalt, trotz mehrfacher Ankündigungen, den Bestand ins Allgemeine Staatsarchiv zu überführen³⁷.

Sicher, das war und ist in vielem ärgerlich, hinderlich, ein Rückfall. Dennoch, verglichen mit den Anfängen vor zehn Jahren ist aus dem Versuch, die historischen Fundamente von Staat und Gesellschaft freizulegen, inzwischen eine „offene Großbaustelle“ geworden.

III.

Auf der „seit zehn Jahren offenen Großbaustelle“ hat es Nicolas Werth (das Wort stammt von ihm) übernommen, im Rahmen des „Schwarzbuches des Kommunismus“ die Dimensionen des sowjetischen Terrors zu vermessen, die Wellen der Repressionen nachzuzeichnen, ihre Formen zu beschreiben, ihre Opfer zu benennen,

³⁶ Vgl. Ellen Mickiewicz, *The Commercialization of Scholarship in the Former Soviet Union*; Mark von Hagen, *The Archival Gold Rush and Historical Agendas in the Post-Soviet Era*; J. Arch Getty, *Commercialization of Scholarship: Do We Need a Code of Behavior? The Case of Russian Archives. An Interview with Iurii N. Afanas'ev*, alle in: *Slavic Review* 52 (1993), S. 90 ff., 96 ff., 101 ff., 338 ff.

³⁷ Vgl. Davies, *Soviet History in the Yeltsin Era*, S. 96 ff.

das Grauen zu beziffern³⁸. Obwohl man vieles, wie anfangs bemerkt, „im Prinzip“ bereits aus älteren sowie den genannten und noch zu nennenden neueren Darstellungen bereits kannte³⁹, ist es Werths Verdienst, die Ergebnisse zusammengefaßt und

³⁸ Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Das Schwarzbuch, S. 51–295. Der deutsche Verlag wäre gut beraten gewesen, zumindest die Fußnoten von jemandem durchsehen zu lassen, der mit der Materie vertraut und des Russischen mächtig ist. Daß die Übertragung russischer Aufsatz- und Buchtitel festen Regeln folgt, habe ich nicht erkennen können; manchmal ist bei Namen und Begriffen die französische Transkription stehen geblieben; die Wochenzeitschrift der Geheimpolizei heißt im Haupttext „Etschenedelnik VCK“, in der Fußnote „Ejenedelnik VCK“, was beides weder den Dudenregeln (Etschenedelnik WTSchK) noch der wissenschaftlichen Transliteration (Eženedel'nik VČK) entspricht; Vergleichbares gilt für die Zeitung „Novaja Žizn“ (Neues Leben), hier als „Novaja Tschizn“; auch braucht man eine gewisse Zeit, um mitzubekommen, daß sich hinter dem häufiger zitierten „Centre russe de conservation et d'étude de la documentation historique contemporaine“ (CRCEDHC) nicht etwa ein bisher wenig bekanntes Forschungsinstitut in Paris verbirgt, sondern das ehemalige Parteiarchiv (RCChIDNI) in Moskau, vor allem da das Staatsarchiv der Russischen Föderation unter der russischen Abkürzung (GARF) zitiert wird.

³⁹ Eindringliche Schilderungen von der Wirksamkeit des Terrorapparates und eine Binnensicht der Lager boten vor allem die Erinnerungen der Betroffenen, die im Westen veröffentlicht wurden und von denen viele auch auf Deutsch erschienen. Wohl am bekanntesten: Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Stuttgart 1968 (erstmalig 1949); dies., Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Köln 1981; Jewgenia Ginsburg, Marschroute eines Lebens, München 1986 (erstmalig 1967); dies., Gratwanderung, München 1980 (erstmalig 1979); Lew Kopelew, Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten, Hamburg 1979; ders., Tröste meine Trauer. Autobiographie 1947–1954, Hamburg 1981; Warlam Schalamow, Artikel 58. Die Aufzeichnungen des Häftlings Schalanow, Köln 1967; ders., Geschichten aus Kolyma, Frankfurt/Berlin/Wien 1983 (erstmalig 1978); Joseph Scholmer, Arzt in Workuta. Bericht aus einem sowjetischen Straflager, München 1963 (erstmalig 1954); Alexander Weissberg-Cybulski, Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen, Frankfurt 1951, und natürlich Alexander Solschenizyn, Der Archipel Gulag, 3 Bde., Bern/München 1974. Über die umfangreiche, vor allem seit dem Ende der vierziger Jahre erschienene Literatur zu Lagersystem und Zwangsarbeit informiert Laibus Zorin, Soviet Prisons and Concentration Camps. An annotated bibliography 1917–1980, Newtonville/Ma. 1980, sowie Jacques Rossi, The GULAG Handbook. An encyclopedia dictionary of Soviet penitentiary institutions and terms related to forced labor camps, New York 1989, S. 570ff. Eine lange als Standardwerk geltende Analyse schrieb schon Ende der vierziger Jahre David J. Dallin/Boris I. Nicolaevsky, Forced Labor in Soviet Russia, New Haven 1948, 1955; stärker als irgend ein anderer hat sich seit Ende der sechziger Jahre Robert Conquest mit unterschiedlichen Aspekten des Terrorsystems beschäftigt, wobei mehrere seiner Bücher ins Deutsche übersetzt wurden: Am Anfang starb Genosse Kirow. Säuberungen unter Stalin, Düsseldorf 1970 (engl. Ausgabe 1968); Stalins Völkermord. Wolgadeutsche, Krimtataren, Kaukasier, Wien 1974 (engl. Ausgabe 1970); Kolyma. The Arctic Death Camps, New York 1978; Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933, München 1988 (engl. Ausgabe 1986); Der Große Terror. Sowjetunion 1934–1938, München 1992 (engl. Ausgabe 1990). Was die ältere Literatur zum Thema der Repressionen von den neuen Studien grundsätzlich unterscheidet, ist der nun mögliche Archivzugang. In den Zeiten des Kalten Krieges gefördert, geriet diese Forschung nach dessen Ende und einem entsprechenden Paradigmenwechsel in der Wissenschaft überdies selbst in den politischen und wissenschaftlichen Meinungsstreit zwischen „konservativen Traditionalisten“ und „fortschrittlichen Revisionisten“, wovon noch zu reden sein wird.

durch eigene Archivrecherchen fortgeführt zu haben⁴⁰. Wo er Zahlen nennt, belegt er sie; wo unterschiedliche Daten vorliegen, neigt er nicht zu den Extremen.

Werths Ausgangspunkt ist die Allgegenwart der Gewalt in der Revolution, wobei er zwischen drei Formen unterscheidet: der städtischen Gewalt des Proletariats, die auf die Brutalität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse reagierte, der dörflichen Gewalt der Bauern, die sich in spontanen Aktionen gegen die Obrigkeit entlud, und der modernen, gleichsam maschinellen Gewalt des Ersten Weltkriegs. Die Bolschewiki wußten sie zu bündeln, sie gaben den Aktionen der Arbeiter und Bauern den revolutionären Segen und schufen sich darüber hinaus in der Tschecha ihren eigenen Apparat, der bis 1921 auf 280 000 Mann anwuchs. Der Gründungsbeschluß erfolgte noch vor Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen des Bürgerkriegs, und das Feindbild war denkbar weit gefaßt: Spione, Saboteure, Konterrevolutionäre, Volksfeinde, die „ausgerottet“ werden sollten. Darunter konnten, wie das Frühjahr 1918 zeigte, auch Arbeiter, Bauern und Sowjets fallen, wenn sie sich dem bolschewistischen Machtanspruch nicht fügten, ferner Sowjets mit nichtbolschewistischer Mehrheit, streikende Arbeiter sowie Bauern, die den Requisitionskommandos die Herausgabe des Getreides verweigerten⁴¹.

Der offene Bürgerkrieg brutalisierte den Ton und machte die Repressionen, wo sie es nicht schon vorher waren, zur flächendeckenden Massenerscheinung. So hatte das bolschewistische Leitorgan, die „Prawda“, Ende August 1918 angekündigt, die Zeit „zur Vernichtung der Bourgeoisie“ sei gekommen, die Städte müßten „schonungslos von allen bürgerlichen Verwesungserscheinungen gereinigt“, „all diese Herrn [...] in einer Kartei erfaßt“ und diejenigen, „die eine Gefahr für die revolutionäre Sache darstellen“, „ausgerottet“ werden. Tatsächlich gingen die Hinrichtungen allein im September und Oktober 1918 in die Tausende (Werth schätzt 10 000–15 000⁴²). Dafür war nicht nur „der Apparat“ verantwortlich zu machen, die Anordnungen kamen von ganz oben. So hatte Lenin am 9. August nach Nischni-Nowgorod telegraphiert, angesichts der wachsenden Schwierigkeiten eine „diktatorisch durchgreifende Troika“ zu bilden und den „Massenterror“ einzuführen; am Tag darauf verkündete er dem Exekutivkomitee in Pensa, der „Endkampf“ gegen die Kulaken habe begonnen: Mindestens 100 müsse man hängen (und zwar so, daß es die Leute sehen könnten), ihre Namen veröffentlichen, ihr Getreide beschlagnahmen und weitere als Geiseln nehmen. Zum diffusen Feindbild, das Lenin dabei entwickelte, gehörten nicht nur

⁴⁰ So hat Nicolas Werth zusammen mit Gaël Moulec übersetzt und herausgegeben: *Rapports secrets soviétiques. La société russe dans les documents confidentiels 1921–1991. Recueil de pièces d'archives provenant du Centre de conservation de la documentation contemporaine, du Centre russe de conservation et d'étude des documents d'histoire contemporaine, des Archives d'Etat de la Fédération de Russie*, Paris 1994; er ist auch Mitglied des Redaktionskollegiums, das die vierbändige Dokumentation über die Lage auf dem sowjetischen Dorf im Spiegel der Berichte der Geheimpolizei vorbereitet.

⁴¹ Vgl. Werth, S. 67 ff.

⁴² Werth, S. 88, 91 f., gestützt vor allem auch auf die ČK-Presse, die entsprechende Zahlen als Erfolgsmeldungen brachte.

„die Kulaken“ selbst (wen immer er darunter verstanden haben mag), sondern ebenso „Hundertschaften von Prostituierten, die den Soldaten zu trinken geben“, „Ex-Offiziere“, „Priester, die Weißen Garden und andere zweifelhafte Elemente“, die erschossen oder in ein „Konzentrationslager“ gesperrt wissen wollte⁴³.

Dem Leninzitat stellt Werth vergleichbare Äußerungen von Leo Trotzki (damals Kriegskommissar) und Felix Dserschinski (Leiter der Tscheka) zur Seite. Hier sei nur Grigori Sinowjew (Parteichef in Petrograd) noch zitiert, der im September 1918 meinte, Ziel sei, 90 der 100 Millionen Einwohner Sowjetrußlands auf die eigene Seite zu bringen, den anderen habe man nichts zu sagen, „sie müssen vernichtet werden“⁴⁴. Die „anderen“ – das konnten in der Praxis engagierte Politiker nicht-bolschewistischer Parteien sein, von den Anarchisten bis zu den Sozialisten; in sozialer Hinsicht „fremde Elemente“, „Volksfeinde“, die als Geiseln genommen oder präventiv liquidiert wurden; Kosaken an Don und Kuban, die als „widersetzliche Kulaken“ zu Tausenden hingerichtet, zu Hunderttausenden deportiert wurden; aber auch gewöhnliche Bauern, die sich den Getreiderequisitionen oder der Rekrutierung widersetzen; selbst Arbeiter, die sich für ein Minimum an Brot und persönlicher Freiheit einsetzten. Sicher entsprach dem von Werth ausführlich geschilderten „roten Terror“ ein „weißer“, der in puncto Scheußlichkeit dem „roten“ nicht nachstand. Aber daß in den dokumentierten Vorgängen und zitierten Äußerungen auch ein Politikverständnis zum Ausdruck kam, das an das Ende der zwanziger und die dreißiger Jahre erinnert, sie vorausahnen läßt, wird kaum länger zu bestreiten sein⁴⁵.

Lenin mit dem Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention zu entschuldigen und die Einführung der Naturalsteuer auf dem 10. Parteitag (1921) als Großtat und sein marktwirtschaftliches Vermächtnis zu feiern (wie es noch Gorbatschow versuchte), verfährt schon deshalb nicht, weil der kriegskommunistische Kurs auch nach Ende der militärischen Auseinandersetzungen (im Winter 1920/21) fortgesetzt wurde und der Einführung der Naturalsteuer nachweislich kein entsprechendes marktwirtschaftliches Konzept zugrunde lag⁴⁶. Was sich daraus entwickelte, sahen Lenin und

⁴³ Werth, S. 86 f.; mit der Veröffentlichung von Zitaten wie diesen begann im Frühjahr 1990 die Destruktion des idealisierten Leninbildes, wie es selbst in den Jahren der Perestroika noch gepflegt worden war; vgl. Davies, *Perestroika und Geschichte*, S. 248 ff.

⁴⁴ So in einem Presseartikel (*Severnaja kommuna*), zit. auch bei George Leggett, *The Cheka. Lenin's Political Police*, Oxford 1981, S. 114.

⁴⁵ Auf diese Kontinuitäten verwies 1988/89 der sowjetische Philosoph Aleksandr Cipko in einer Artikelserie (*Nauka i žizn'* 1988, N° 11, S. 45 ff.; N° 12, S. 40 ff.; 1989, N° 1, S. 46 ff.; N° 2, S. 53 ff.), was damals noch einem Sakrileg gleichkam; zur Frage der Kontinuität auch Andrea Graziosi, *At the Roots of Soviet Industrial Relations and Practises. Piatakow's Donbass in 1921*, in: *Cahiers du Monde russe* 36 (1995), N° 1/2, S. 95 ff.

⁴⁶ Insofern im Widerspruch zu Gorbatschow und der Wiederaufnahme der Idee vom „leninschen Kooperativplan“: M. M. Gorinov/S. V. Cakunov, *Leninskaja koncepcija NEPa: stanovlenie i razvitija*, in: VI 1990, N° 4, S. 20 ff.; auch M. M. Gorinov, *Sovetskaja strana v konce 20-ch – načale 30-ch godov*, in: VI 1990, N° 11, S. 31 ff.; ders., *Alternativy i krizisy v period NEPa*, in: *Voprosy Istorii KPSS* 1990, N° 1, S. 3 ff.

mit ihm die Mehrheit der Parteiführung als Umweg und Notbehelf. Daß der 10. Parteitag nicht die große Wende darstellte, zeigt Werth unter anderem an der schier unglaublichen Brutalität, mit der der Tambower Bauernaufstand, der sich auf die Untere Wolga und Westsibirien ausgeweitet hatte, im Sommer 1921 niedergeschlagen wurde: unter der Führung von Michail Tuchatschewski und Alexander Antonow-Owsejko, mit dem Einsatz von 100 000 Mann, Flugzeugen, schwerer Artillerie und Giftgas, mit Hinrichtungen, Geiselnahme und Deportation ganzer Dörfer⁴⁷. Die Reste des bäuerlichen Widerstandes brach die große Hungersnot, der Millionen Menschen zum Opfer fielen, wobei die Staatsführung die Not zynisch zum Schlag gegen das Kirchenvermögen nutzte⁴⁸.

Schien es die folgenden fünf, sechs Jahre so, als würde „die bäuerliche Utopie noch funktionieren“, der bäuerliche Traum von Land und Freiheit in Erfüllung gehen, so war es damit 1928/29 bereits wieder vorbei⁴⁹. Als das eben beschlossene, äußerst ehrgeizige Industrialisierungsprogramm an den Konsuminteressen der Bauernschaft zu scheitern drohte, bemühte sich die politische Führung gerade nicht um eine konsensuale, marktwirtschaftliche Lösung, sondern kehrte zur Gewaltpolitik zurück. Die Durchsetzung der staatlichen Getreiderequirierungen wurde zum regelrechten Krieg gegen die Bauernschaft, der auch Tausenden von Funktionären das Leben kostete und in die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft einmündete. Die von Stalin im Dezember 1929 ausgegebene Parole von der „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ zielte dabei auf die Ausschaltung der dörflichen Führungsgruppen. Dabei definierte man (ohne weitere Spezifizierung) 3–5 Prozent der Höfe als „kulakisch“ und teilte ihre Besitzer (je nach „Gefährlichkeit“) in drei Kategorien ein: Die erste Kategorie war (laut Politbürobeschuß 60 000 Hofbesitzer) zu verhaften und in Arbeitslager der GPU (Staatliche Politische Verwaltung [Geheimpolizei]) zu bringen, bei Widerstand zu erschießen; die zweite (etwas weniger gefährliche) Kategorie samt Familien in entlegene Landesteile zu deportieren; die dritte am Rande der Gebiete, in denen sie lebten, auf Grenzböden neu anzusiedeln⁵⁰.

Tatsächlich wurden 1930/31 1,8 Millionen Menschen als „kulakisch“ deportiert, unter chaotischen Umständen, weil in den Aufnahme-Regionen meist alle Voraussetzungen fehlten; entsprechend hoch war die Sterblichkeit in diesen „Sonderansiedlungen“, die 1931 der GPU unterstellt wurden und für die sie ein Verwaltungsnetz von

⁴⁷ Vgl. Werth, S. 132 ff., gestützt vor allem auf den oben bereits genannten Dokumentenband *Krest'janskoe vosstanie v Tambovskoj gubernii*.

⁴⁸ Dazu hatte 1990 auch die *Izvestija* CK KPSS (1990, N° 4, S. 190 ff.) einen decouvrierenden Leninbrief veröffentlicht, in dem er einen „entscheidenden und erbarmungslosen Kampf gegen den Schwarzhunderterklerus“ forderte, „mit äußerster Energie und in kürzester Zeit“.

⁴⁹ Wie die Dinge genau zusammenhingen, wird bei Werth (S. 159 ff.) nicht ganz klar, aber das ist auch nicht sein Thema.

⁵⁰ Werth, S. 165 ff.; dazu die wichtigsten Dokumente veröffentlicht in: *Specpereselency – žertvy „sposnoj kolektivizacii“. Iz dokumentov „osoboj papki“ Politburo CK VKP (b). 1930–1932 gg.*, in: *Istoričeskij archiv* 1994, N° 4, S. 145 ff.; auch *Ssylka krest'jan na Ural v 1930-e gody. Dokumenty iz archivov*, in: *Otečestvennaja istorija* 1995, N° 1, S. 160 ff.

„Kommandanturen“ errichtete⁵¹. „Kulaken der ersten Kategorie“ wurden in die Lager der GPU verbracht. Als „Konzentrationslager“ für politisch gefährliche „Konterrevolutionäre“ bald nach der bolschewistischen Machtergreifung eingerichtet, galten in den zwanziger Jahren die Solowki-Inseln im Weißen Meer als deren Zentrum. Daß man Ende der zwanziger Jahre die Separierung der Politischen von den gewöhnlichen Kriminellen aufgab und der GPU auch die Zuständigkeit für diese Arbeitslager und -kolonien übertrug, erweiterte das System beträchtlich, zumal die Einweisung von „Kulaken“ die Zahl der Häftlinge zusätzlich anschwellen ließ⁵². Und die „Kulaken“ waren nicht die einzigen: Beim großen neuen Umbruch gerieten auch andere „sozial fremde Elemente“, „bürgerliche“ Spezialisten und Ingenieure, private Handwerker und Kleinunternehmer, Beamte und Priester ins Kreuzfeuer der Kritik⁵³.

Mit Repressivmaßnahmen ließ sich zwar die Staatsquote an der Getreideernte steigern und mit der Beschlagnahmung der Vorräte auch die gewünschte Exportrate sichern. Doch man steuerte das Land damit in die Katastrophe: in die Hungersnot von 1932/33, unter der – wie bei Werth nachzulesen ist – 40 Millionen litten und die 6 Millionen das Leben kostete, vor allem in jenen Gebieten, die sich am heftigsten der bolschewistischen Politik widersetzt hatten: in der Ukraine, an Don und Kuban, in Kasachstan⁵⁴.

Daß das allgemeine Mißtrauen nicht nur politische und soziale, sondern auch nationale Züge trug, zeigte die Deportation von Tausenden von ukrainischen, deutschen, polnischen, finnischen Familien aus den westlichen und nordwestlichen Grenzregionen in den Jahren 1934–1936. Dieser Welle folgte die Deportation von 172000 Koreanern, die zwischen Mai und Oktober 1937 aus dem Fernen Osten

⁵¹ Zu den bei Werth geschilderten bäuerlichen Revolten und Widerstandsbewegungen vgl. ergänzend Andrea Graziosi, *Collectivisation, révoltes paysannes et politique gouvernementales à travers les rapports du GPU d'Ukraine de février-mars 1930*, in: *Cahiers du Monde russe* 35 (1994), N° 3, S. 437 ff.; Lynne Viola, *Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance*, New York/Oxford 1996; Markus Wehner, *Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928*, Köln/Weimar/Wien 1998.

⁵² Zur Organisationsgeschichte, bei Werth verständlicherweise nur gestreift, auch Michael Jakobson, *Origins of the Gulag. The Soviet Prison Camp System, 1917–1934*, Lexington 1993.

⁵³ Werth, S. 164 ff.

⁵⁴ Diese Frage wurde bereits erörtert im Zusammenhang mit der Wiederentdeckung der Volkszählungsunterlagen und erneut aufgegriffen u. a. bei Golod 1933, in: *Sovetskie archivy* 1990, N° 6, S. 45 ff.; E. A. Osokina, *Žertvy goloda 1933 goda. Skol'ko ich? Analiz demografičeskoj statistiki CGANCh*, in: *Istorija SSSR* 1991, N° 5, S. 18 ff.; V. V. Kondrašın, *Golod 1932–1933 godov v derevnjach Povol'žija*, in: VI 1991, N° 6, S. 176 ff. Die vor allem durch das Buch von Robert Conquest, *The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine*, New York/Oxford 1986 angestoßene Diskussion, inwieweit der Hunger gleichzeitig ein Genozidversuch am ukrainischen Volke war, läßt Werth (S. 78 ff.) gleichsam in der Schwebe; er bestätigt Stalins „Ukrainophobie“, sieht die ukrainische Bauernschaft als Hauptopfer der Hungersnot, verweist zugleich aber darauf, daß die Kosakengemeinden an Don und Kuban' und Kasachstan in Relation nicht weniger litten.

nach Kasachstan verbracht wurden. Und zwischen August und Dezember 1937 startete das Politbüro mindestens weitere 10 „Anti-Spionage-Operationen“, bei denen alle der Spionage und Diversion verdächtigen Volksgruppen „liquidiert“ werden sollten. Unter den mehreren Hunderttausenden, die in den nächsten eineinhalb Jahren verhaftet wurden, waren Deutsche, Polen, Japaner, Rumänen, Finnen, Litauer, Esten, Letten, Griechen und Türken⁵⁵.

Dieser Terrorwelle liefen zwei andere parallel: Die eine richtete sich gegen ehemalige „Kulaken“, die ihre Sondersiedlungen zu verlassen oder sich unter die einheimische Bevölkerung zu mischen versuchten, aber auch gegen andere regimefeindliche, „kriminelle“ Elemente. Das Politbüro rief die Lokalbehörden im Juli 1937 dazu auf, sie sofort zu verhaften und die feindseligsten zu erschießen. Dabei sollten sie, wie bei der Kollektivierung, in zwei Kategorien eingeteilt werden: Zuteilung zur ersten Kategorie hieß: Erschießen, Zuteilung zur zweiten: Deportation. Zur Abwicklung waren – wie während des Bürgerkrieges – Troikas (aus dem ersten Parteisekretär, einem Staatsanwalt und dem Chef der regionalen NKWD-Gruppe) zu bilden. Das Politbüro segnete Ende des Monats auch einen Operationsbefehl ab, der erste Richtzahlen vorgab: Danach sollten 259 450 Personen verhaftet, 72 950 erschossen werden. Die „Wachsamkeit“ der Lokalbehörden sorgte dafür, daß die Quoten angehoben und mindestens 200 000 Menschen mehr erschossen wurden, als ursprünglich veranschlagt worden war⁵⁶.

Die dritte Terrorwelle war die spektakulärste, richtete sie sich doch gegen Führungskräfte der Partei, des Komsomol, der Komintern, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Armee. Nachhaltiger als die beiden anderen prägte sie unser Bild von

⁵⁵ Abgesehen von der Ukraine ist die nationale Stoßrichtung der stalinistischen Säuberungen (bereits in den dreißiger Jahren) erst in den letzten Jahren deutlicher herausgearbeitet worden; dazu etwa O. Vyselenii korejcev iz Dal'nevostočnogo kraja, in: Otečestvennaja istorija 1992, № 6, S. 140 ff.; N. F. Bugaj, Vyselenie sovetskich korejcev s Dal'nego Vostoka, in: VI 1994, № 5, S. 141 ff.; vgl. auch Michael Gelb, 'Karelian Fever'. The Finnish Immigrant Community during Stalin's Purges, in: Europe-Asia Studies 45 (1993), S. 1091 ff.; ders., An Early Soviet Ethnic Deportation. The Far-Eastern Koreans, in: Russian Review 54 (1995), S. 389 ff.; Ksenofont Sanukov, Stalinist Terror in the Mari Republic. The Attack on 'Finno-Ugrian Bourgeois Nationalism', in: Slavonic and East-European Review 74 (1996), S. 658 ff.; Markus Wehner, Stalinismus und Terror, in: Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Berlin 1998, S. 365 ff.

⁵⁶ Vgl. Werth, S. 209 f.; auf diese Terroraktionen wurde die Forschung erst aufmerksam durch die Veröffentlichung entsprechender Dokumente in der Zeitung Trud (№ 88, 4. 6. 1992, S. 1, 4; Rassretel po raznarjadke, ili kak eto delali bol'seviki); ihre Übermittlung erfolgte durch den Vorsitzenden der Deklassifizierungskommission Michail Poltoranin, als „sehr typische Episode“ aus der Tätigkeit des „kommunistischen Deutschritterordens (Tevtonskogo ordena) auf dem Territorium unseres Landes“; zum Abdruck kam auch ein Brief des Sekretärs des Moskauer Parteikomitees (Chrusčev) vom 10. 7. 1937, wonach es in Stadt und Gebiet 41 305 kulakische und kriminelle Elemente gebe (8500 der 1. Kategorie und 35 805 der 2.); die entsprechende Aufstellung des NKVD sah dagegen „nur“ 35 000 als Richtgröße für ganz Moskau (5000 plus 30 000) vor; im Januar 1938 gestand das Zentralkomitee Moskau ein zusätzliches Kontingent von 4000 der 1. Kategorie zu (vgl. Vstrečnye plany po uničtoženiju sobstvennogo naroda, in: Moskovskie novosti, № 25, 21. 6. 1992, S. 18 f.).

den „großen Säuberungen“, vor allem deshalb, weil wir bis Anfang der neunziger Jahre von den beiden vorgenannten Terroraktionen kaum etwas wußten. Was mit der Aburteilung und Liquidierung der ehemaligen Kontrahenten Stalins begann (wobei er den Mord am Leningrader Parteichef Sergei Kirow Ende 1934 geschickt zu instrumentalisieren wußte), endete mit einem Rundumschlag, der einem erheblichen Teil der Funktionsträger im Zentrum wie in den Regionen Amt, Freiheit und nicht selten auch das Leben kostete. Daß darunter 98 von 139 Mitgliedern des Zentralkomitees, 1108 von 1966 Parteitagsdelegierten, 3 von 5 Marschällen, 13 von 15 Armeegenerälen, 8 von 9 Admirälen, 50 von 57 kommandierenden Generälen waren, hatte bereits Chruschtschow auf dem 20. Parteitag erwähnt. Werths langer Liste ist zu entnehmen, wie weit die Wellen der Repression reichten. Sie rissen fast die gesamte ukrainische Parteispitze mit sich (woran Chruschtschow selbst nicht unbeteiligt war), die Komsomolspitze, das leitende Personal der Schwerindustrie; und unter den Verhafteten waren selbst – für die sowjetische Luftfahrt – so wichtige Wissenschaftler wie Andrei Tupolew und Sergei P. Koroljow⁵⁷.

Als „dokumentiert“ gelten in der Forschung rund 680 000 Erschießungen allein in den Jahren 1937/38. Die Zahl der Häftlinge in den Arbeitslagern und -kolonien hatte sich seit Mitte des Jahrzehnts verdoppelt und betrug 1938 1,9 Millionen. Die Geheimpolizei, der sie unterstanden, hatte seit Anfang der dreißiger Jahre eine Lagerhauptverwaltung (GULAG) aufgebaut, Mitte des Jahrzehnts in den Sowjetrepubliken auch die Arbeitskolonien der Volkskommissariate für Justiz übernommen und gehörte nun selbst zum neugeschaffenen Allunionskommissariat des Inneren (NKWD). In diesen Zahlen noch nicht enthalten sind die etwa 900 000 Verbannten in den „kulakischen“ Sondersiedlungen. Der Terrorapparat war zugleich ein weitverzweigtes Wirtschaftsimperium, beteiligt an Großbauten, in der Holzindustrie, im Agrarsektor, in Steinkohle-, Gold- und Nickelbergwerken⁵⁸.

1939/40 erhielten die Zwangsarbeitslager einen neuen Zustrom an „Konterrevolutionären“: Ergebnis der „Säuberungen“ in jenen Gebieten, die man soeben im Pakt

⁵⁷ Vgl. Werth, S. 214 ff. Dabei geht auch er im Anschluß an die Untersuchungen von Alla Kirilina (Rikošet, ili skol'ko čelovek bylo ubito vystrelom v Smol'nom, St. Petersburg 1993; L'Assassinat de Kirow. Destin d'un stalinien, 1888–1934, Paris 1995) davon aus, daß Stalin den Mord an Kirow nutzte, aber nicht selbst ins Werk setzte.

⁵⁸ Über die „Welt der Lager“ vgl. Werth, S. 226 ff.; hier leisteten vor allem die zahlreichen Artikel von V. N. Zemskov wichtige Vorarbeit; vgl. V. N. Zemskov, Specposelency (po dokumentam NKVD-MVD SSSR), in: Sociologičeskie issledovanija 1990, N° 11, S. 3 ff.; ders., GULAG (istoriko-sociologičeskij aspekt), in: Sociologičeskie issledovanija 1991, N° 6, S. 10 ff.; N° 7, S. 3 ff.; ders., „Kulackaja sylka“ v 30-e gody, in: Sociologičeskie issledovanija 1991, N° 10, S. 3 ff.; ders., Zaključennye, specposelency, synnye i vyslannye, in: Istorija SSSR 1991, N° 5, S. 151 ff.; ders., „Kulackaja sylka“ nakanune i v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny, in: Sociologičeskie issledovanija 1992, N° 2, S. 3 ff.; ders., Sud'ba „kulackoj sylki“ (1930–1954 gg.), in: Otečestvennaja istorija 1994, N° 1, S. 118 ff.; ders., Zaključennye v 1930-e gody. Social'no-demografičeskie problemy, in: Otečestvennaja istorija 1997, N° 4, S. 54 ff. Für eine Materialsammlung zur Organisationsgeschichte unter Auswertung der Sekundärliteratur vgl. Ralf Stettner, „Archipel GULag“. Stalins Zwangslager. Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant, Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.

mit dem nationalsozialistischen Deutschland annektiert hatte. Hunderttausende wurden aus dem ehemaligen Ostpolen, den baltischen Staaten, Bessarabien und der Bukowina nach Sibirien, Kasachstan und Archangelsk deportiert, sofern sie nicht wie Zehntausende von polnischen Offizieren und Soldaten nach der Gefangennahme erschossen und in Massengräbern verscharrt wurden. Auch von den Zivilisten überlebten weit über Hunderttausend die Deportation nicht⁵⁹.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurden im Sommer 1941 an die 580 000 Häftlinge freigelassen und in die Rote Armee eingezogen, knapp noch einmal so viele folgten im Laufe des Krieges. Doch die Amnestie sollte nicht für „Konterrevolutionäre“ gelten; nach Art. 58 Strafgesetzbuch Verurteilte sollten, so entschied das Zentralkomitee im Juni 1941, in keinem Falle vor Ende des Krieges freikommen, selbst dann nicht, wenn ihre Frist in dieser Zeit ablief⁶⁰.

Dennoch ging die Zahl der Zwangsarbeiter und Sondersiedler nur vorübergehend zurück. Dafür sorgten mehrere Deportationswellen, die ganze Völkerschaften betrafen. Die erste richtete sich gegen die Deutschen, von denen 1,2 Millionen (vor allem von der Wolga und aus dem Schwarzmeergebiet, aber auch aus allen anderen Regionen des europäischen Rußland) binnen eines Jahres nach Sibirien und Kasachstan deportiert wurden. Zehntausende wurden zugleich aus der Roten Armee entlassen und in die Strafbataillone der „Arbeitsarmee“ eingegliedert. Eine zweite Deportationswelle zwischen November 1943 und Juni 1944 traf Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren, Karatschaier, Balkaren, Kalmücken, insgesamt über 600 000 Menschen. Der pauschale Vorwurf lautete: „Kollaboration“. Wie wichtig die Führung diese Operationen nahm, zeigt der Umstand, daß sie – noch mitten im Krieg – zeitweilig über 100 000 Mann Sondertruppen, Hunderte von Eisenbahnwaggons und Lastwagen da-

⁵⁹ Vgl. Werth, S. 230 ff. Wie brisant gerade dieses Thema für die Sowjetunion war, zeigte beispielhaft der Fall Katyn. Durch einen Artikel in den „Moskovskie novosti“ erfuhr im Mai 1989 in der Sowjetunion zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit von den Morden an polnischen Offizieren. Im März 1990 schob die Zeitung Einzelheiten über das Verschwinden der 15 000 polnischen Offiziere sowie Angaben über die dafür verantwortlichen sowjetischen NKVD-Offiziere nach, bevor dann im April eine Erklärung der TASS die Nachricht bestätigte und von einem der „schwersten Verbrechen des Stalinismus“ sprach. Vgl. auch dazu die Dokumentation in: Osteuropa 40 (1990), S. A 421 ff. (Der Fall Katyn. Im Lichte der Dokumente des deutschen Propagandaministeriums aus dem Jahr 1943), und S. A 95 ff. (Der Fall Katyn in den polnischen Medien), sowie die Mitteilungen über die Archivfunde in: Moskovskie novosti 1990, N° 18, *Meždunarodnaja žizn'* 1990, N° 5, S. 112 ff. und *International Affairs*, Juni 1990, S. 98 ff. Bereits vorher waren weitere Massengräber in den westlichen Randregionen entdeckt worden; vgl. *Radio Liberty Research Bulletin: Mass Grave of Stalin's Victims Discovered in Minsk* (RL 288/88, 26. 6. 1988); *Belorussian Public Reaction to Kuropaty. Other Massacre Sites Identified, Memorials Proposed* (RL 326/88, 21. 7. 1988); *The Archeology of Stalinist Genocide in Belorussia* (RL 452/88, 3. 10. 1988); *Sowjetunion heute* 34 (1989) N° 5, S. 8 f.; *Kuropaty. Ausgrabung eines Gräberfeldes aus dem Stalinismus* (Übersetzung eines 1994 in Minsk erschienenen Grabungsberichts), *Verein für Geschichte des Weltsystems, Rundbrief* N° 21, Hannover/Barsinghausen 1997 (mit Hinweisen auf weitere Literatur). Auch N. S. Rajsikij, *Vtoraja mirovaja vojna i sud'by pol'skich voennoplennych*, in: *Otečestvennaja istorija* 1994, N° 4, S. 136 ff.

⁶⁰ Vgl. Werth, S. 252 f.

für bereitstellte. In einer dritten Welle deportierte man im Sommer und Herbst 1944 Bulgaren, Griechen und Armenier von der Krim sowie Turkmescheten, Kurden und Chemschinen aus georgischen Grenzregionen. Für alle Deportationen galt, daß die Evakuierung und Neuansiedelung unter unglaublich harten, chaotischen Bedingungen verlief, da die Zielgebiete darauf in keiner Weise vorbereitet waren; entsprechend hoch war die Sterblichkeit unter den neuen „Sondersiedlern“⁶¹.

Am liebsten hätte man auch die ganze Ukraine wegen Kollaboration mit dem Feind geräumt, sollte später Chruschtschow auf dem 20. Parteitag sagen. In der Tat stellten gerade die wiedereroberten Gebiete im Westen (Baltikum, Weißrußland, die Ukraine und Moldawien) die sowjetische Politik vor erhebliche Probleme. Bei Säuberungsaktionen wurden Zehntausende von „Kollaborateuren“, „Banditen“ und „Nationalisten“, echte und vermeintliche, verhaftet. Dies ließ den Anteil von Ukrainern und Balten unter den Lagerhäftlingen stark ansteigen; doch hielt sich der Widerstand im Untergrund, gerade in der Ukraine, offenkundig bis weit in die zweite Hälfte der vierziger Jahre⁶².

Zusätzlich stellte sich 1945 das Problem der Repatriierung von ehemaligen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Flüchtlingen; insgesamt waren es 4,2 Millionen. Für sie entstanden Kontroll- und Filtrationslager. Nach einer entsprechenden Prüfung wurden 57 Prozent (meist Frauen und Kinder) nach Hause entlassen, 19,1 Prozent zur Armee eingezogen (oft in Strafbataillone), 14,5 Prozent (in der Regel für zwei Jahre) einem Bataillon für den Wiederaufbau zugewiesen, 8,65 Prozent (etwa 360 000) des Landesverrates für schuldig befunden und für 10 bis 20 Jahre in den GULAG geschickt⁶³. Ein Fall für sich waren die Angehörigen der Wlassow-Armee.

⁶¹ Waren diese Deportationen in der Sowjetunion über Jahrzehnte ein sorgsam gemiedenes Thema, so sind dazu seit Anfang der neunziger Jahre eine ganze Reihe von Arbeiten auf neuer Quellengrundlage erschienen. Hier sei nur verwiesen auf N. F. Bugaj, *K voprosu o deportacii narodov SSSR v 30–40-ch godach*, in: *Istorija SSSR* 1989, N° 6, S. 135 ff.; ders., *Pravda o deportacii čečenskogo i ingušskogo narodov*, in: VI 1990, N° 7, S. 32 ff.; ders., *40ye gody. Avtonomiju nemcev Povol'žja likvidirovat'*, in: *Istorija SSSR* 1991, N° 2, S. 172 ff.; ders., *40–50-e gody. Posledstvija deportacii narodov. Svidetel'stvujut archivy NKVD/MVD SSSR*, in: *Istorija SSSR* 1992, N° 1, S. 122 ff.; ders., *20–40-e gody. Deportacija naselenija s territorii evropejskoj Rossii*, in: *Otečestvennaja istorija* 1992, N° 4, S. 37 ff.; ders., *20–50ye gody. Pereselenija i deportacii evrejskogo naselenija v SSSR*, in: *Otečestvennaja istorija* 1993, N° 4, S. 175 ff.; ders., *L. Berija – I. Stalinu: „Soglasno vašemu ukazanju ...“*, Moskau 1995. Dazu auch *Specpereseleny v SSSR v 1944 godu ili god bol'sogo pereselenija*, in: *Otečestvennye archivy* 1993, N° 5, S. 98 ff., und den Dokumentenband von M. Guboglo/A. Kusnecov (Hrsg.), *Deportacii narodov SSSR, 1930-ye–1950-ye gody*, Moskau 1992. Besonders intensiv war wohl das Interesse an den Rußlanddeutschen; vgl. L. P. Belkovec, *„Bol'soj terror“ i sud'by nemeckoj derevni v Sibiri (konec 1920-ch–1930-e gody)*, Moskau 1995; ergänzend Alfred Eisfeld/Victor Herdt (Hrsg.), *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956*, Köln 1996.

⁶² Auch dies waren Tabuthemen in der Sowjetunion gewesen; vgl. Werth, S. 253 f., wobei aus den Fußnoten nicht recht zu entnehmen ist, auf welche Quellen er sich hierbei stützt.

⁶³ Vgl. Werth, S. 255; Zahlen nach *Sociologičeskie issledovanija* 1991, N° 7, S. 4 f.; auch V. N. Zemskov, *K voprosu o repatricii sovetskich graždan, 1944–1951 gody*, in: *Istorija SSSR* 1990, N° 4, S. 26 ff.

Deren Generale und Offiziere wurden hingerichtet, Unteroffiziere wegen Landesverrats in die Arbeitslager des GULAG, Mannschaftsgrade (insgesamt 148 000) in die Sondersiedlungen geschickt⁶⁴.

Ende Oktober 1946 verabschiedete die Regierung ein Dekret zur „Verteidigung des Staatlichen Getreides“. In den folgenden zwei Monaten wurden über 50 000 Menschen (vor allem Kolchosbauern) wegen Getreidediebstahl zu Lagerhaftstrafen verurteilt. Zugleich wurden Tausende von Kolchosvorsitzenden wegen „Sabotage der Steuereinzugkampagne“ festgenommen; tatsächlich konnte die Planerfüllung dadurch von 36 auf 77 Prozent gesteigert werden. Hintergrund und Folgen dieser Maßnahmen blieben im Westen unbekannt. Die Kolchosbauern und -vorsitzenden trieb die blanke Not, das Land stand nach einer Dürreperiode im Sommer am Rande einer neuen Hungerkatastrophe, die im Winter 1946/47 mindestens einer halben Million Menschen das Leben kostete⁶⁵.

Die politische Führung setzte ihre Kampagne im Sommer 1947 fort und entzog damit zugleich allen Gerüchten den Boden, die schon während des Krieges von einer Auflösung des Kolchossystems wissen wollten. So wurden im Juni zwei Gesetze veröffentlicht, die für „Mißachtung des Eigentums des Staates oder einer Kolchose“ Lagerhaft von 5 bis 25 Jahren vorsahen und selbst für die Mitwisserschaft zwei- bis dreijährige Lagerhaft androhten. In den folgenden 6 Jahren wurden 1,3 Millionen Menschen nach diesen Dekreten verurteilt, 75 Prozent davon zu mehr als 5 Jahren; sie machten schon 1951 mehr als 50 Prozent der gewöhnlichen Häftlinge, einschließlich der „Politischen“ 40 Prozent in den GULAG-Lagern aus, darunter viele Frauen, Kriegerwitwen und Mütter mit kleinen Kindern, die versuchten, sich mit diesen kleinen Diebstählen notdürftig über Wasser zu halten. Und was die „Politischen“ betrifft, so wurde bei Hunderttausenden, die 1937/38 nach Art. 58 verurteilt worden waren und nun freikommen sollten, die Frist ohne weiteren Prozeß um 10 Jahre verlängert⁶⁶.

⁶⁴ Im Sommer 1989 hatte auch eine Diskussion über das heikle Thema der Vlassov-Armee begonnen. War sie bisher in sowjetischen Medien entweder totgeschwiegen oder als perfider „Verrat“ eingestuft worden, gab es jetzt auch nachdenklichere Stimmen, die zumindest auf den Massencharakter des Verrates hinwiesen und Stalin am Seitenwechsel eine erhebliche Mitschuld gaben. Vgl. General Wlassow – Vaterlandsverräter oder Stalin-Opfer. Dokumentation, in: Osteuropa 41 (1991), S. A 311 ff.

⁶⁵ Ausführungen dazu hatte bereits Chruščev in seinen (allerdings seinerzeit nur im Westen erschienenen) Memoiren gemacht (Dt. Ausg.: Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, Reinbek 1971, ND 1992, S. 210 ff.). Seit Ende der achtziger Jahre erschienen dazu unter anderem: B. G. Bomeško, *Zasucha i golod v Moldavii v 1946–1947 gg.*, Kišinev 1990; *Golod v Moldove (1946–1947)*. Sbornik dokumentov, Kišinev 1993; I. M. Volkov, *Zasucha, golod 1946–1947 godov*, in: *Istorija SSSR* 1991, N° 4, S. 3 ff.; Zima, *Golod v SSSR 1946–1947*; ders., *Golod v Rossii 1946–1947 godov*, in: *Otečestvennaja istorija* 1993, N° 1, S. 35 ff.

⁶⁶ Dokumente dazu in: *Iz prigovorov rajonnych narsudov o privlečenii v ugovolnoj otvetstvennosti kolchoznikov po ukazu 1947 goda*, in: *Sovetskie archivy* 1990, N° 3, S. 55 ff.; V. P. Popov, *Golod i gosudarstvennaja politika, 1946–1947*, in: *Otečestvennye archivy* 1992, N° 6, S. 36 ff.; V. F. Zima, *Poslevoennoe obščestvo. Golod i prestupnost' (1946–1947 gg.)*, in: *Otečestvennaja istorija* 1995,

Auch die Sondersiedlungen erhielten in diesen Jahren durch weitere Bevölkerungsgruppen Zuwachs: „Kulaken“ aus Litauen, Lettland, Estland und der westlichen Ukraine, die sich der nachgeholten Kollektivierung widersetzen; ihre Zahl ging wiederum in die Zehntausende. Dazu kamen Anfang der fünfziger Jahre 11 685 Mingrelier und 4707 Iraner aus Georgien, 4365 Zeugen Jehovas, 995 Mitglieder der Sekte „Die wahren orthodoxen Christen“, 2795 Basmatschis aus Tadschikistan und viele andere mehr⁶⁷.

Das Lagersystem hatte damit Anfang der fünfziger Jahre seinen traurigen Höhepunkt erreicht. Anfang 1953 gab es im GULAG 2 450 000 Häftlinge, in 60 großen Arbeitslagerkomplexen, vor allem im Norden und Osten, sowie ungefähr 500 kleineren Arbeitskolonien. Die Zusammensetzung der Häftlinge war buntgemischt: neben gewöhnlichen Kriminellen und alten „Konterrevolutionären“ (die nach Art. 58 verurteilt und nun verlängert worden waren) viele Hunderttausende, die gegen die neuen Gesetze zum Schutz des sozialistischen Eigentums verstoßen hatten, sowie „Konterrevolutionäre“ und „Nationalisten“ aus den wiederbesetzten Westgebieten. Auch die Zahl der Verbannten in den Sondersiedlungen war mit 2 750 000 so hoch wie nie zuvor; hier hatten die deportierten Völkerschaften der vierziger Jahre die „Kulaken“ der dreißiger Jahre ersetzt. Je größer das Gesamtsystem wurde, desto schwerer war es beherrschbar. Das Bandenwesen griff in den Lagern um sich, und die Arbeitsproduktivität sank rapide. Daß man politisch „besonders gefährliche Häftlinge“, etwa zu 25 Jahren verurteilte „Banditen“ und „Nationalisten“ aus dem Baltikum und der Ukraine, in besonderen Zuchtlagern unterbrachte, ohne Aussicht auf vorzeitige Entlassung, hatte oft gerade die gegenteilige Wirkung. Unter sich (und nicht mit Kriminellen zusammen) zu sein, stärkte das Solidaritätsgefühl, und kampferprobt, wie sie waren, ließen sie sich weniger gefallen als die „Politischen“ der dreißiger Jahre, zumal man ohnehin nichts mehr zu verlieren hatte. So mehrten sich die Fälle von Arbeitsverweigerung, Massenausbrüchen, Aufständen. Der Höhepunkt des Terrorsystems offenbarte zugleich, wie Werth überzeugend darlegt, die Symptome einer Krise⁶⁸.

Nº 5, S. 45 ff. Zur Stimmung in der Nachkriegsgesellschaft vgl. E. Ju. Zubkova, *Obščestvo i reformy 1945–1964*, Moskau 1993, S. 33 ff., 63 ff.; dies., *Obščestvennaja atmosfera posle vojny (1945–1946)*, in: *Svobodnaja mysl'* 1992, Nº 6, S. 4 ff.; dies., *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46*, in: *VfZ* 47 (1999) S. 363–383.

⁶⁷ Aufstellung bei Werth, S. 263, mit Hinweis auch auf J.-J. Marie, *Les peuples déportés d'Union soviétique*, Brüssel 1995; vgl. auch V. I. Caranov, *O likvidacii kulačstva v Moldavii letom 1949 g.*, in: *Otečestvennaja istorija* 1996, Nº 2, S. 71 ff.; V. N. Zemskov, *Prinuditel'nye migracii iz Pribaltiki v 1940–1950-ch godach*, in: *Otečestvennye archivy* 1993, Nº 1, S. 4 ff.

⁶⁸ Vgl. Werth, S. 257 ff.; ders., *L'Ensemble concentrationnaire de Noril'sk en 1951*, in: *XXe Siècle*, Nº 47, Juli–September 1994, S. 88 ff.; gestützt vor allem auch auf Marta Kraveri, *Krisis GULAGA. Kengirskoe vosstanie 1954 goda v dokumentach MVD*, in: *Cahiers du Monde russe* 36 (1995), Nº 3, S. 319 ff., mit zahlreichen Hinweisen auch auf die Zeit davor; vgl. auch M. Craveri/N. Formosov, *La résistance au Goulag. Grèves, révoltes, évasions dans les camps de travail soviétique de 1920 à 1956*, in: *Communisme* 42–44 (1995), S. 197 ff.; M. Craveri/O. Khlevniouk, *Krizis ekonomiki MVD*, in: *Cahiers du Monde russe* 36 (1995), Nº 1–2, S. 179 ff.

Sie waren vom inneren Kreis um Stalin umso weniger zu übersehen, als sich diffuse Anzeichen mehrten, der greise Diktator könne eine neue große Säuberung planen, die auch seine engste Entourage nicht ausnehmen würde: Wie die Ausbootung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, die Verhaftung der mehrheitlich jüdischen „Sabotage-Ingenieure“ des Stahlkombinats Stalino, die Verhaftung der jüdischen Ehefrauen von Wjatscheslaw Molotow und Alexander Poskrjobjschew, die Lenin-Grader und die Mingrelische Affaire, die Verhaftung altgedienter jüdischer Funktionäre und von Geheimdienstchef Viktor Abakumow, schließlich der Prozeß gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee, der im Sommer 1952 mit dem Todesurteil für 13 Angeklagte endete, und das angebliche „Komplotz“ mehrheitlich jüdischer Kremlärzte zusammenhängen, wird bei Werth nicht recht deutlich, aber daß man die davon ausgehende Gefahr für die eigene Sicherheit spürte, erscheint plausibel. So war man sich auch in der Notwendigkeit von Reformen, gerade auch was den Sicherheitsapparat betraf, bei Stalins Tod durchaus einig⁶⁹.

IV.

Die Lektüre der 250 Seiten ist beklemmend, die Bilanz erschütternd, das sich hinter den Daten und Fakten verbergende Leid unfassbar. „Im Prinzip“, so hatte der sowjetische Historiker und Dissident Roy Medwedjew Ende der achtziger Jahre gesagt, sei das ganze sowjetische Volk Opfer von Stalins Terror gewesen. In den folgenden, leidenschaftlich geführten Debatten war – angesichts immer neuer Enthüllungen – von 50, 60 und mehr Millionen Menschen die Rede, die in den Gefängnissen und Lagern als Deportierte oder vor Hunger zwischen 1917 und 1959 umgekommen seien⁷⁰.

Als politische und moralische Abrechnung mit dem Gesamtsystem, als Versuch, das unermessliche Leid zu beziffern, erscheinen solche Äußerungen verständlich. Doch je weiter die Begriffe („Opfer“) gewählt und je höher die Zahlen aggregiert werden, desto stärker verschwimmen die Konturen, desto geringer wird ihr Erklärungswert; ja, sie verdecken geradezu, was sie sichtbar machen wollen: das menschliche Leid und die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die dieses Leid er-

⁶⁹ Unter der Kapitelüberschrift „Die letzte Verschwörung“ mit Hinweisen auf mögliche Zusammenhänge, vgl. Werth, S. 268 ff.; aus anderer Sicht Amy Knight, *Beria. Stalin's First Lieutenant*, Princeton 1993; Michael Parrish, *The Lesser Terror. Soviet State Security, 1939–1953*, London 1996.

⁷⁰ Überblick über die Zahlenangaben zu den Bevölkerungsverlusten bei: N. A. Aralovec, *Poteri naselenija sovet'skogo obščestva v 1930-e gody. Problemy, istočniki, metody izučeniya v otečestvennoj istoriografii*, in: *Otečestvennaja istorija* 1995, N° 1, S. 135 ff. Wenn ich aufmerksam gelesen habe, gibt Werth selbst keine Gesamtzahl. Kommt darin Skepsis zum Ausdruck, wäre sie einsichtig. Abgesehen von den fortbestehenden Lücken und Problemen werfen, wie noch zu zeigen sein wird, die meisten „Opferzahlen“ mehr Probleme auf, als sie lösen. Das Medwedew-Zitat stammt aus einem Interview (*Triumf tirana, tragedija naroda. Beseda s D. Volkogonom i R. Medvedevym za „kruglym stolom“*, in: *Moskovskie novosti* N° 7, 12. 2. 1989, S. 8 f.).

möglichten, es hervorbrachten. Denn erklärt man nachträglich „das ganze Volk“ zum Opfer, was „im Prinzip“ sicher möglich ist, unterschlägt dies den nicht zu leugnenden Tatbestand, daß „das System“ ohne Millionen von Mittätern nicht existieren konnte, aus Tätern Opfer werden konnten und umgekehrt. Und wenn bei der Bezifferung von Opferzahlen „dem stalinistischen System“ offenkundig alle angelastet werden, die in der Sowjetunion in diesen Jahrzehnten verstarben (oder sogar noch einige mehr, wie das bei Größenangaben von bis zu 66 Millionen offenkundig der Fall ist), ist ihr Aussagewert gering⁷¹.

Daß die Zahl von 40 Millionen, die vom stalinistischen Terror „unmittelbar betroffen“ worden seien, häufiger genannt wird⁷², könnte auch damit zusammenhängen, daß sie wohl der Zahl derjenigen entspricht, die in der Zeit zwischen 1923 und 1953 in der RSFSR in einem Gerichtsverfahren angeklagt und verurteilt wurden⁷³. Dennoch wird man beides nicht so ohne weiteres gleichsetzen dürfen. Zwar war von Anfang an die Verurteilung meist mit „Zwangsarbeit“, nicht unbedingt aber mit Freiheitsentzug verbunden. In den ersten Jahren der NEP war dies sogar eher selten der Fall (nur bei 20 Prozent der Fälle); abgesehen von der dahinter steckenden Strafrechtsphilosophie, fehlten auch alle institutionellen Voraussetzungen. Die Lokalbehörden waren gehalten, den offenen Vollzug zu gewährleisten. Daß sie sich dazu häufig außer Stande sahen (und Schuldsprüche bei kleineren Delikten zur Farce zu werden drohten), trug mit dazu bei, daß der Anteil der Gefängnisstrafen wuchs. Noch Mitte der dreißiger Jahre erfolgte allerdings in der Mehrzahl der Verurteilungen eine Verurteilung zur Zwangsarbeit im offenen Vollzug, am Arbeitsplatz, mit disziplinarischen Auflagen, bei gleichzeitiger Kürzung von Lohn und Sozialleistungen, vor allem wenn es sich um kürzere Zeitstrafen (von bis zu einem Jahr) handelte⁷⁴. Sie haben wir – zu Recht – kaum im Sinn, wenn wir an „Opfer des Stalinistischen Terrorsystems“ denken.

Die kampagnenartige, massenhafte Anwendung des Strafrechtes zur Durchsetzung der staatlichen Getreidebeschaffungspläne und der Kollektivierung ließ seit Ende der zwanziger Jahre die Zahl der Häftlinge stark anschwellen; sie waren in den Gefäng-

⁷¹ Hinweis bei René Ahlberg, *Stalinistische Vergangenheitsbewältigung. Auseinandersetzung über die Zahl der GULAG-Opfer*, in: *Osteuropa* 42 (1992), S. 919f. (mit Bezug auf S. Maksudov, *Pertes subies par la population de l'URSS 1918–1958*, in: *Cahiers du Monde russe et soviétique* 1977, N° 3, S. 243); eine vergleichbar hohe Zahl war nicht nur von I. Ja. Kurganov und A. Solženicyn (Nachweis bei Aralovec in Anm. 70), sondern auch in einem Artikel der Zeitung *Večernjaja Moskva* (14. 4. 1990) vom Publizisten A. Mil'čakov genannt worden.

⁷² Einer Nebenbemerkung bei Conquest, *Der Große Terror*, S. 551, habe ich entnommen, daß sie auch in gymnasiale Schulbücher eingegangen ist.

⁷³ Vgl. V. Popov, *Gosudarstvennyj terror v Sovetskoj Rossii, 1923–1953 (istočniki i ich interpretacija)*, in: *Otečestvennye archivy* 1992, N° 2, S. 20ff., hier S. 22.

⁷⁴ Vgl. Peter H. Solomon, *Soviet Criminal Justice under Stalin*, Cambridge 1996, S. 50ff.; ders., *Soviet Penal Policy, 1917–1934. A Reinterpretation*, in: *Slavic Review* 39 (1980), S. 195ff.; J. Arch Getty/Gábor T. Rittersporn/Viktor N. Zemskov, *Victims of the Soviet Penal System in the Pre-war Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence*, in: *American Historical Review* 98 (1993), S. 1017ff.

nissen, deren Kapazität auf kaum 200 000 ausgelegt war, trotz mehrfacher Überbelegung nicht unterzubringen. Die politische Führung war indes bereits dabei, zwei Einrichtungen zu verknüpfen: die „Konzentrationslager“, wie sie für politische Gegner („Konterrevolutionäre“) schon bald nach der Machtübernahme eingerichtet worden waren und die zwanziger Jahre hindurch fortbestanden, und die Zwangsarbeit, wie sie als hauptsächliche Strafform ebenfalls bereits seit der Revolution (im offenen Vollzug und in den kleineren „Arbeitskolonien“) praktiziert wurde. Wie bereits dargestellt, wurden beide seit Ende der zwanziger Jahre in einer Hand vereint und unter eine gemeinsame Verwaltung (GULAG) gestellt.

Wird die Zahl der politischen Häftlinge in den „Konzentrationslagern“ der zwanziger Jahre (auch bei Werth) auf 30 000 geschätzt, so wuchs das Lagersystem sich nun zu jener gewaltigen Inselgruppe aus, wie sie Alexander Solschenizyn in seinem Werk „Archipel GULAG“ beschrieben hat: Schon Ende der dreißiger Jahre bestand dieses System aus über 50 großen „Besserungsarbeitslagern“ und über 400 kleineren „Besserungsarbeitskolonien“, wobei jedes „Besserungsarbeitslager“ für sich aus einem Lagerverbund bestehen und 100 000, 200 000 und mehr Häftlinge umfassen konnte. In die Lager wurden vor allem Häftlinge mit einer Zeitstrafe von mehr als drei Jahren eingewiesen, während in den Kolonien zumeist die kürzeren Strafen zu verbüßen waren⁷⁵.

Die räumliche Trennung zwischen politischen und gewöhnlichen Häftlingen war damit aufgehoben, doch umgekehrt machte auch die Politisierung des Strafrechts, seine Instrumentalisierung zur Erreichung politischer Ziele, die Grenzen fließend. Das Gesetz vom 7. August 1932, das zur Durchsetzung der staatlichen Beschaffungspläne den „Diebstahl von öffentlichem Eigentum“ mit einer Mindeststrafe von 10 Jahren (im Höchstfall mit dem Tode) bedrohte, die Erinnerung an diese Gesetzgebung im Oktober 1946 und ihre Erneuerung in den Dekreten vom 4. Juni 1947 sind dafür markante Beispiele⁷⁶. Für eine „Opfer“-Statistik ist das nicht ohne Belang: Denn so wenig zu leugnen ist, was in den Berichten „Ehemaliger“ immer wieder bestätigt wird, daß sich unter den Lagerhäftlingen ein Gutteil ganz gewöhnlicher Krimineller befand, so schwer ist es, ihre Zahl exakt zu bestimmen. Statistiken, die zwischen „Konterrevolutionären“ und „Unpolitischen“ unterscheiden, dabei zu den „Konterrevolutionären“ jene rechnen, die nach Art. 58 Strafgesetzbuch verurteilt worden waren, und zeigen wollen, daß die „Unpolitischen“ stets die überwiegende Mehrheit der Insassen bildeten, sind jedenfalls ebenso problematisch wie Aufstellungen, die ungeprüft alle Insassen den „Opfern“ zuschreiben.

Wenn es richtig ist, daß vor dem Krieg bei 37–40 Prozent der (von den Volksgerichten der RSFSR) Verurteilten die Zwangsarbeit mit Freiheitsentzug verbun-

⁷⁵ Getty/Rittersporn/Zemskov, *Victims*, S. 1019ff.; Stephan Merl, *Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 46 (1995), S. 277 ff.

⁷⁶ Vgl. Solomon, *Criminal Justice*, S. 112ff., 405ff. Zu den unterschiedlichen, wechselnden Rechtskonzepten auch Robert Sharlet, *Pashukanis and the Withering Away of Law in the USSR*, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Cultural Revolution in Russia, 1928–1931*, Bloomington 1978, S. 169ff.

den war, im Krieg bei 50–65 Prozent, nach dem Krieg bei 38–45 Prozent⁷⁷, wird man grob geschätzt von einer Zahl von 15 Millionen Lagerhäftlingen zwischen 1928 und 1952 ausgehen können. Dabei wuchs – nach den Unterlagen der Administration – die Zahl der Insassen in den Zwangsarbeitslagern und -kolonien von knapp 1 Million (1935) auf 2,56 Millionen (1950). Diese Anfang der neunziger Jahre veröffentlichten Zahlen stellten die Diskussionen um die Größe des GULAG auf eine neue Basis. Noch Mitte der achtziger Jahre waren die Angaben im Westen darüber weit auseinander gegangen, und daß dabei politische Überzeugungen mit eine Rolle spielten, ist unübersehbar. Während Vertreter hoher Schätzungen ihren „revisionistischen“ Gegnern mitunter vorhielten, die Greuel der sowjetischen Geschichte herunterzurechnen, waren sie selbst in deren Augen „Kalte Krieger“ geblieben⁷⁸.

Die neuen, erheblich unter den Höchstschätzungen liegenden Zahlen entfachten noch einmal den Streit⁷⁹, doch bei allen Zweifeln, Fehlerquellen und Lücken, die dabei zur Sprache kamen, setzte sich eher die Überzeugung durch, daß sie als ungefähre Richtwerte angesehen werden können. Auch Werth geht von ihnen aus und verweist auf einen Tatbestand, der die Differenz zu den viel höheren Schätzungen mit erklären könnte: die „hohe Mobilität“. Offenkundig starben nicht nur Zehntausende Jahr für Jahr in den Lagern, in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre gelang auch noch Zehntausenden die Flucht (nach Ausweis dieser Quellen zwischen 1934 und 1938 jeweils 60 000 pro Jahr); und noch größer war die Zahl derer, die nach Verbüßung ihrer Zeitstrafe wieder entlassen wurden (im gleichen Zeitraum etwa 275 000 pro Jahr). Wenn das so seine Richtigkeit hat, dürfte das Schicksal derjenigen, die nach Art. 58 als „Konterrevolutionäre“ verurteilt wurden, nicht verallgemeinert werden; denn die ka-

⁷⁷ So Popov, *Gosudarstvennyj terror*, S. 24.

⁷⁸ Die Gegensätze der älteren Debatte lassen sich nachvollziehen an Steven Rosefielde, *An Assessment of the Sources and Uses of GULAG Forced Labour 1929–1956*, in: *Soviet Studies* 33 (1981), S. 51 ff.; ders., *Excess Mortality in the Soviet Union. A Reconsideration of the Demographic Consequences of Forced Industrialization 1929–1949*, in: *Soviet Studies* 35 (1983), S. 385 ff.; ders., *Incriminating Evidence. Excess Deaths and Forced Labour under Stalin*, in: *Soviet Studies* 39 (1987), S. 292 ff.; Stephan G. Wheatcroft, *On Assessing the Size of Forced Concentration Camp Labour in the Soviet Union, 1929–1956*, in: *Soviet Studies* 33 (1981), S. 265 ff.; ders., *Towards a Thorough Analysis of Soviet Forced Labour Statistics*, in: *Soviet Studies* 35 (1983), S. 223 ff.; ders., *A Note on Steven Rosefielde's Calculation of Excess Mortality in the USSR, 1929–1949*, in: *Soviet Studies* 36 (1984), S. 277 ff.

⁷⁹ Daß die Archivverwaltung zunächst noch sehr selektiv Zugang gewährt hatte, nährte den Verdacht, sie habe auch das Ergebnis, die (gemeint zu niedrigen) Zahlenangaben bestellt, vgl. Ahlberg, *Vergangenheitsbewältigung*, S. 924 ff.; Fortsetzung des alten Streits bei Robert Conquest, *Excess Deaths and Camp Numbers. Some Comments*, in: *Soviet Studies* 43 (1991), S. 949 ff.; ders., *Victims of Stalinism. A Comment*, in: *Europe-Asia Studies* 49 (1997), S. 1317; Steven Rosefielde, *Stalinism in Post-Communist Perspective. New Evidence on Killings, Forced Labour and Economic Growth in the 1930s*, in: *Europe-Asia Studies* 48 (1996), S. 959 ff.; Stephan G. Wheatcroft, *More Light on the Scale of Repression and Excess Mortality in the Soviet Union in the 1930s*, in: *Soviet Studies* 42 (1990), S. 355 ff.; ders., *A Further Note of Clarification on the Famine, the Camps and Excess Mortality*, in: *Europe-Asia Studies* 49 (1997), S. 503 ff.

men, wie bereits erwähnt, mit Wissen und Willen der politischen Führung auch nach Verbüßung ihrer Zeitstrafe nicht frei⁸⁰.

Mit dem Blick auf die Häftlinge in den Zwangsarbeitslagern und -kolonien des GULAG läßt sich nur ein Teil der Opfer des stalinistischen Terrors erfassen. Ein in vielem vergleichbares Schicksal erlitten die Deportierten: Anders als die Zwangsarbeiter in den Lagern und Kolonien waren sie kollektiv – wegen der Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe oder Nationalität – aus ihren ursprünglichen Wohngebieten ausgesiedelt und nach Sibirien oder Kasachstan verfrachtet worden. Auch sie unterstanden der GPU bzw. dem NKWD, wenn auch einer anderen Abteilung und mit anderen Verwaltungsstrukturen; sie registrierten für 1932 in diesen neuen „Spezialansiedlungen“ 1,3 Millionen, für 1953 2,7 Millionen Menschen. Zumindest am Anfang war das Leben in den „Sondersiedlungen“ nicht weniger hart als in den Lagern und die Sterblichkeit entsprechend hoch; auch die „Sondersiedler“ leisteten Zwangsarbeit, sei es ausgeliehen an einen Industriebetrieb, an eine Sowchose oder Kolchose oder später – in Kriegs- und Nachkriegszeit – in der „Arbeitsarmee“ (Trudarmija). War ein Teil der zunächst deportierten „Kulaken“ in den vierziger Jahren wieder freigekommen (und sei es auch nur über den Umweg der Roten Armee), so sollten die verschleppten Nationalitäten, wie die Führung in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entschied, „auf Lebenszeit“ in den neuen Siedlungsgebieten verbleiben. Die Gesamtzahl der zwischen 1930 und 1953 deportierten „Kulaken“ und „Nationalitäten“ wird auf 5 Millionen geschätzt⁸¹.

Unstrittig ist heute wohl auch, daß die politische Führung eine erhebliche Mitverantwortung an jenen drei Hungersnöten trug, die 1921/22, 1932/33 und 1946/47 Sowjetrußland heimsuchten, teilweise schon an ihrer Entstehung, mit Sicherheit aber an ihren Folgen. Selbst wenn es bei jeder ein Bündel von ursächlichen Faktoren gab, die vorangegangene staatliche Agrarpolitik wie ihre Reaktionen auf die sich anbahnende Katastrophe spielten dabei eine zentrale, verhängnisvolle Rolle. Dazu gehörte die Rigorosität, mit der sie ihre Ziele und Beschaffungspläne durchsetzte, dem Dorf auch die letzten Vorräte nahm – und es andererseits unterließ, rechtzeitig um internationale Hilfe zu bitten (so 1921), ja die Katastrophen überhaupt zu verheimlichen suchte (wie 1933 und 1946), besorgt um die internationale Reputation, aber (zumindest 1933) wohl auch mit dem Kalkül, die Not werde helfen, den bäuerlichen Widerstand zu brechen, in der Ukraine, an Don und Kuban sowie an der unteren Wolga. Schilderungen von verzweiferten Versuchen, der Not zu entfliehen (1921), von Polizeistaffeln, die die Flucht in die Städte verhinderten (1933), von Seuchen und Epidemien, die dem Hunger folgten, von Leichenbergen und Kannibalismus (selbst noch in der Nachkriegszeit) lassen ahnen, daß ihre Erfahrung kaum weniger hart und prägend gewesen sein wird als der nackte Terror. „Unmittelbar betroffen“ waren dabei jeweils viele Millionen.

⁸⁰ Vgl. die Zahlen bei Zemskov, GULAG, S. 11; wiedergegeben auch bei Merl, Zwangsarbeit, S. 303.

⁸¹ Zahlen bei Zemskov, Specposelency, S. 6; ders., ‚Kulackaja ssylka‘, S. 3 ff.; ders., ‚Sud’ba ‚kulackoj ssylki‘, S. 118 ff.; teilweise bei Merl, Zwangsarbeit, S. 302.

Zur Zahl derer, die in den Hungersnöten umkamen, liegen nur Schätzungen vor: Sie beziffern die Toten für die Jahre 1921/22 auf über 5 Millionen, für die Jahre 1932/33 auf 5–8 Millionen, für die Nachkriegsjahre auf 500 000 bis 1 Million⁸². Damit dürften die Hungersnöte deutlich mehr Menschenleben, „Opfer“ im engeren Sinne, gefordert haben als die Terroraktionen, die Säuberungen, die Deportationen der dreißiger und vierziger Jahre. Wie schwer es auch da ist, trotz neuer Quellen zu verlässlichen Angaben zu kommen, zeigen die Diskussionen über die Volkszählungen von 1937 und 1939. Valentin V. Zaplin (Direktor des Zentralen Staatsarchivs für die Volkswirtschaft), der erste Zahlen 1989 bekannt machte, ging von einem Bevölkerungsverlust zwischen 1927 und 1938 von 9,9 Millionen, der Bevölkerungsstatistiker Jewgeni Andrejew von 12 Millionen aus. Beide setzten die Geburtenzahlen bis 1933 unterschiedlich an, mit dem Ergebnis, daß die – nach Zaplins Berechnungen infolge der inneren Entwicklung bereits weniger geborenen – 2 Millionen Kinder bei Andrejew mehr verhungert wären⁸³.

Für beide Auffassungen gibt es offenkundig Argumente. Läßt man die Frage unentschieden, und geht man von einem Mittelwert von 11 Millionen „zusätzlicher Todesfälle“ aus, ist damit noch immer nicht entschieden, wie viele auf die Hungersnot entfielen. Dazu wäre es nötig, diejenigen abzurechnen, die im Strudel der Säuberungen, bei der Deportation der „Kulaken“ und in den Arbeitslagern umkamen. Doch auch hier sind die Angaben lückenhaft. Eine Zahl von etwa 780 000 Exekutionen auf dem Höhepunkt der Säuberungen (in den Jahren 1936, 1937, 1938) scheint dokumentiert. Wie viele sind ihnen für die anderen Jahre hinzuzurechnen? Es scheint, daß bis Ende 1931 1,8 Millionen im Zuge der „Entkulakisierung“ deportiert wurden; Anfang 1932 wurden aber nur 1,3 Millionen in den Sondersiedlungen registriert. Wie

⁸² Zusätzlich zur bereits genannten Literatur vgl. Charles M. Edmondson, *The Politics of Hunger. The Soviet Response to Famine, 1921*, in: *Soviet Studies* 29 (1977), S. 506 ff.; Stephan G. Wheatcroft, *Famine and Epidemic Crisis in Russia, 1918–1921. The Case of Saratov*, in: *Annales de Démographie historique* 1983, S. 329 ff.; James W. Long, *The Volga-Germans and the Famine of 1921*, in: *Russian Review* 51 (1992), S. 521 ff.; Markus Wehner, *Golod 1921–1922 gg. v Samarskoj gubernii i reakcija Sovetskogo pravitel'stva*, in: *Cahiers du Monde russe* 38 (1977), N° 1/2, S. 223 ff.; Stephan Merl, *Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941*, Berlin 1990, bes. S. 221 ff.; ders., *Entfachte Stalin die Hungersnot 1932–33 zur Auslöschung des ukrainischen Nationalismus? Anmerkungen zu neueren westlichen Veröffentlichungen über die „ukrainische“ Hungersnot*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 37 (1989), S. 569 ff.; Mark B. Tauger, *The 1932 Harvest and the Famine of 1933*, in: *Slavic Review* 50 (1991), S. 70 ff.; dazu Briefe von Robert Conquest und Tauger, in: *Slavic Review* 51 (1992), S. 192 ff. sowie 53 (1994), S. 318 ff.

⁸³ Vgl. Caplin, *Statistika žertv stalinizma v 30-e gody*, S. 175 ff.; E. Andreev/L. Darskij/T. Charkova, *Opyt ocenki čislennosti naselenija SSSR 1926–1941. Kratkie rezul'taty issledovanija*, in: *Vestnik statistiki* 1990, N° 7, S. 34 ff.; dazu Robert W. Davies/Mark B. Tauger/Stephan G. Wheatcroft, *Stalin, Grain Stocks and the Famine of 1932–33*, in: *Slavic Review* 54 (1993), S. 642 ff.; Davies, *Soviet History in the Yeltsin Era*, S. 170 ff.; Michael Ellman, *A Note on the Number of 1933 Famine Victims*, in: *Soviet Studies* 43 (1991), S. 375 ff.; Sergej Maksudov, *Poteri naselenija SSSR, Benso, VT 1989*; Alec Nove, *Victims of Stalinism. How many?*, in: *J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hrsg.), Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993, S. 261 ff.

viele konnten fliehen, wie viele starben, bevor sie noch den Bestimmungsort erreichten? Dort war, wie gesagt, vor allem in den ersten Jahren die Sterblichkeit hoch. Überlebten nach Schätzungen schon 250 000 die Deportation nicht, kamen vermutlich weitere 300 000 oder mehr in den ersten Jahren um⁸⁴.

Noch düftiger sind die Angaben bei den Zwangsarbeitslagern und -kolonien. Bis 1934 liegen keine Zahlen zu den Todesfällen vor, man kann spekulieren, ob sie gar nicht registriert wurden. Wie exakt die Angaben für die Jahre 1934–1938 (etwa 190 000) sind, die sich nur auf die Lager (nicht die Kolonien) beziehen, muß offen bleiben. Auch hier können nur grobe Schätzungen die Lücke füllen. Wenn man annimmt, daß die Sterblichkeitsrate anfangs bei 10–15 Prozent lag, viele Häftlinge bei Fluchtversuchen oder auf dem Transport von einem Lager in das andere starben, sind in den Lagern und Kolonien zwischen 1927 und 1938 600 000 bis 800 000 Menschen umgekommen. Zählt man zusammen, so wären in diesem Zeitraum 2 bis 3 Millionen durch den staatlichen Repressionsapparat (in der Folge von Deportation und politischen Säuberungen), 7 bis 9 Millionen Menschen durch Hunger und dessen Begleiter, Typhus- und Choleraepidemien, zu Tode gekommen. Doch da die Angaben zum Großteil auf Schätzungen beruhen, ist auch das Gesamtergebnis nur als grober Orientierungsrahmen zu betrachten⁸⁵.

Wie schwer sich im übrigen Terror und Hunger trennen und „exakte“ Zahlen gewinnen lassen, zeigt schon der Umstand, daß Zaplin in seinen eigenen Berechnungen bei 1,3 Millionen offen ließ, offen lassen mußte, ob sie in Haftanstalten, an Hunger oder in Haftanstalten an Hunger verstarben; und er wies unter den Bevölkerungsverlusten zusätzlich 2 Millionen aus, die angeblich (vornehmlich aus Kasachstan, Turkmenistan und Tadschikistan) „geflohen“ waren. Entsprechende Angaben fanden sich in den Unterlagen der Volkszählung von 1937, in einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, verfaßt von einem stellvertretenden Abteilungsleiter in der Zentralverwaltung für das volkswirtschaftliche Rechnungswesen der UdSSR (Kurman). Tatsächlich scheint von den 1,8 Millionen, die in der kasachischen Bevölkerungsstatistik „fehlten“ (was 42 Prozent der gesamten kasachischen Bevölkerung entsprach), nur eine Minderheit wirklich geflohen, ein Großteil (von 1,3 bis 1,5 oder mehr Millionen) umgekommen zu sein – schreckliche Folge von Zwangsmaßnahmen, mit denen man die Kasachen „seßhaft“ zu machen versuchte, sie mit ihrem Vieh in Siedlungen zusammenpferchte und damit dem Hunger, gefolgt von Krankheiten und Seuchen, preisgab. Ob die Behauptung ihrer „Flucht“ bereits aus Kasachstan übermittelt oder die entsprechenden Daten in Moskau „umgeschrieben“ wurden, ist unklar⁸⁶.

⁸⁴ Diese Zahlen auch bei Merl, Zwangsarbeit, S. 287 ff.

⁸⁵ Auf den Zahlen von Zemskov, GULAG, aufbauend vgl. ebenda S. 290 ff.; zur Sterblichkeit in den Lagern auch V. V. Caplin, Archivnye materialy o čisle zaključennych v konce 30-ch godov, in: VI 1991, № 4/5, S. 157 ff.

⁸⁶ Vgl. Caplin, Statistika, S. 176 ff.; Ž. B. Abylchožin/M. K. Kozybaev/M. B. Tatimov, Kazachstanskaja tragedija, in: VI 1989, № 7, S. 65 ff.; Aralovec, Poteri, S. 138 ff.

Wie stark politische Rücksichtnahmen, Denk- und Sprechverbote die Erhebung und Übermittlung von Daten beeinflussten, demonstriert die genannte, in der Zentralverwaltung für das volkswirtschaftliche Rechnungswesen angefertigte und bei Zaplin zitierte Zusammenfassung auch an anderen Stellen: „Hunger“ kam dabei als Faktor, der die Bevölkerungsentwicklung von 1933 beeinflusst haben könnte, gar nicht vor, schon das Wort wurde sorgsam vermieden. Wenn trotz der Retuschen in der Gesamtrechnung immer noch „eine bedeutende Anzahl“ von Toten fehlte, erklärte man dies mit dem Umstand, daß sie in der Ukraine, in der Don-Kuban-Region und an der unteren Wolga einfach nicht registriert worden seien, was richtig und dennoch nur die halbe Wahrheit war; ungesagt blieb auch, daß das Massensterben die zuständigen Stellen überforderte. Doch das Gesagte genügte offensichtlich, um den Verfasser wenige Wochen später verhaften zu lassen⁸⁷.

Es ließen sich die Schätzungen für die Krigs- und Nachkriegszeit nachtragen. Zu den genannten Zahlen hinzugerechnet, ergeben sie – bezogen auf den gesamten Zeitraum zwischen dem Ende der zwanziger und dem Beginn der fünfziger Jahre – etwa 3 Millionen Tote für die Zwangsarbeitslager und -kolonien, 1 Million unter den Deportierten. Stehen schon sie auf schwankenden Bohlen, so ist es noch viel schwieriger, die Zahl der Exekutionen in diesem Zeitraum anzugeben, müßten dabei doch auch die Urteile der Militärjustiz einbezogen werden. Und nur der Vollständigkeit halber sei auch noch – unkommentiert – eine neuere Schätzung zu den Bevölkerungsverlusten während der Revolution und des Bürgerkriegs genannt: Danach verlor Sowjetrußland zwischen 1917 und 1922 etwa 13 Millionen seiner Bevölkerung; 2,5 Millionen starben in den bewaffneten Verbänden, 2 Millionen an Epidemien, 1 Million als Opfer von Terror und Banditismus, 300 000 in antijüdischen Pogromen, 1,5 bis 2 Millionen emigrierten, die übrigen starben in der großen Hungersnot⁸⁸.

Völlig quer zu den erwähnten und auch bei Werth gemachten Angaben liegen die Materialien von O. Schatunowskaja, die Mitglied des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU war und auch einer vom Parteipräsidium 1960 eingesetzten Kommission angehörte, die den Tod an Kirow und die politischen Prozesse der dreißiger Jahre untersuchen sollte. Nach den Unterlagen dieser Kommission wurden vom 1. Januar 1935 bis zum 22. Juni 1941 19 849 000 „Volksfeinde“ verhaftet und von ihnen 7 000 000 erschossen⁸⁹. Sie sollen nur noch einmal in Erinnerung rufen, wie schwankend der Boden ist, auf dem wir uns noch immer bewegen. Hier bleibt viel zu tun. Doch auch vor einer Überschätzung der bloßen Zahlen sei gewarnt. Wie sich allein aus der Zahl von Zehntausenden, Hunderttausenden oder auch Millionen mehr (bzw. weniger) Opfern neue Argumente gewinnen lassen, sehe ich nicht. Sie für politische Zwecke zu mißbrauchen wäre zynisch.

⁸⁷ Vgl. Caplin, Statistika, S. 177 f.; Hinweis auch bei Nove, Victims, S. 261 f.

⁸⁸ Vgl. Ju. A. Poljakov, Vozdejstvie gosudarstva na demografičeskie processy v SSSR (1920–1930), in: VI 1995, № 3, S. 122 ff.

⁸⁹ O. Šatunovskaja, Fašifikacija, in: Argumenty i fakty 1990, № 22, S. 6 f.

V.

Nicolas Werth hat zurecht darauf verwiesen, daß die Vermessung der Dimensionen des Terrors nur ein Arbeitsvorgang auf der „offenen Großbaustelle“ ist. Nicht weniger wichtig, ja noch wichtiger scheint es, deren Ergebnisse mit den Ergebnissen der Politik- und Sozialgeschichte zu vergleichen, sie dort einzubringen. Zwei zentrale Fragen werden dabei in der Darstellung von Werth immer wieder aufgenommen: die Frage nach der zentralen Steuerung des Terrors und die Frage nach dessen wirtschaftlicher Bedeutung⁹⁰.

Die erste Frage knüpft an die Diskussionen zur Erklärungskraft des Totalitarismusmodells an, ohne dessen komparatistische Komponente zunächst zu akzentuieren. Die stalinistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland, so lautete die ihm zugrunde liegende These, wiesen eine Reihe von Strukturmerkmalen auf, die sie deutlich von den westlichen, liberalen, parlamentarischen Staaten unterschieden – und in ihrem Selbstverständnis auch unterscheiden sollten: Dazu gehörten eine staatlich vorgegebene, mit dem Anspruch von Wissenschaftlichkeit auftretende Ideologie („Weltanschauung“), die Herrschaft einer einzigen (diese „Weltanschauung“ vertretenden bzw. die Unterscheidung von Führer und Geführten überwindenden) Massenpartei, die Entwicklung eines umfassenden Repressionsapparates zur Abschreckung und Unterdrückung jeglicher Opposition und die bürokratische Koordinierung („Planung“) der Wirtschaft.

Das in liberaler Tradition gründende Pochen auf individuellen und kollektiven Freiheitsrechten, auf garantierten Freiräumen des Einzelnen gegenüber der Gesamtgesellschaft und der Gesamtgesellschaft gegenüber dem Staat, stieß hier angesichts des „totalen“ Herrschaftsanspruches von Partei und Staat ins Leere; nach deren Dictum hatten sich die Ziele des Einzelnen vollständig den ideologisch definierten und programmatisch vorgegebenen Zielen der Gesamtheit unterzuordnen. Diese Strukturmerkmale lieferten erste Fingerzeige für das Grundverständnis beider Systeme, des Nationalsozialismus wie des Stalinismus, ihrer innen- wie außenpolitischen Entwicklung, und setzten die Koordinaten ihrer Erforschung in den fünfziger und sechziger Jahren.

Doch je weiter die Forschung vorwärts schritt, desto zahlreicher wurden die Stimmen, die 1. auf die Unterschiede zwischen nationalsozialistischem Deutschland und stalinistischer Sowjetunion verwiesen und 2. – für unseren Zusammenhang wichtiger – fragten, ob sich das „Funktionieren“ beider Systeme damit hinreichend beschreiben lasse oder anders ausgedrückt: ob ihr allumfassender, „totalitärer“ Herrschaftsanspruch auch durchgesetzt werden konnte und das geschlossene Bild, das nicht zuletzt die Herrschenden selbst von Staat und Gesellschaft zeichneten, der Wirklichkeit entsprach⁹¹.

⁹⁰ Werth, S. 288.

⁹¹ Einführungen in die Gesamtproblematik des Stalinismus bieten (jeweils mit Hinweisen auf weitere Literatur): Jörg Baberowski, *Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941*, in:

Im Falle der Sowjetunion hat ihm die „revisionistische“, sozialgeschichtlich orientierte Forschungsrichtung heftig widersprochen und die Gegenthese einer Erklärung des „Stalinismus von unten“ formuliert. Sie propagierte einen Wechsel der Perspektive, von der Ideologie und den politischen Institutionen zu den – ihrer Meinung nach viel wichtigeren – gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Interaktionen, und entwarf im Gegenzug das Bild eines eher schwachen Zentrums, das gar nicht in der Lage war, die Dinge draußen im Lande engmaschig zu kontrollieren; statt nach einem „master plan“ zu handeln, oft mehr reagierte und bei der Implementierung von Politik mitunter Entwicklungen freisetzte, die sie weder vorausgesehen hatte, noch so schnell wieder abstoppen konnte. Dabei bezog man die Politik der Repressionen explizit mit ein⁹². Als Quellenbasis dienten vor allem die Akten des Smolensker Parteiarchivs, die als Kriegsbeute in den Westen gelangt, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dort verblieben und somit der westlichen Forschung (anders als die sowjetischen Archivbestände) zugänglich waren.

Die Öffnung der Archive nach 1989/90 hat die Quellenbasis erheblich erweitert, den Blick erneut auf das Zentrum gelenkt – und das eben gezeichnete Bild relativiert. Es zeigte sich, wie unmittelbar das Zentrum auf Planung und Durchführung der Repressionen Einfluß nahm und wie wenig auf Lenin oder gar Stalin das Bild vom „Makler zwischen Gruppeninteressen“ oder „Vermittler zwischen konkurrierenden bürokratischen Apparaten“ paßt. Der Briefwechsel mit Molotow⁹³ läßt erkennen, wie geschickt Stalin auch während seiner monatelangen Sommeraufenthalte am Schwarzen Meer die Dinge im fernen Moskau ins Werk zu setzen vermochte, und welchen persönlichen Anteil er an den „Säuberungen“ von Partei und Staat, Wirtschaft und Armee hatte, zeigt schon der Tatbestand, daß von 383 Listen mit den Namen von über 44 000 Funktionären, von denen über 39 000 zum Tode verurteilt wurden, 362 von Stalin abgezeichnet wurden (373 von Molotow, 185 von Kliment Woroschilow, 191 von Lasar Kaganowitsch, 177 von Andrei Schdanow, 62 von Anastas Mikojan). Eine Justizkommission hatte die Listen im Auftrag des Politbüros zusammengestellt und dabei den Gerichtsinstanzen und Sonderkonferenzen des NKWD zugleich auch das Strafmaß vorgegeben. Es war auch ein Politbüroentschluß gewe-

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43 (1995), S. 97 ff.; Manfred Hildermeier (Hrsg.), *Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg*, München 1998; Plaggenborg (Hrsg.), *Stalinismus*; Robert C. Tucker (Hrsg.), *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*, New York 1977.

⁹² Vgl. dazu die Artikel: Sheila Fitzpatrick, *New Perspectives on Stalinism*; Stephan F. Cohen, *Stalin's Terror as Social History*; Geoff Eley, *History With the Politics Left Out – Again?*; Peter Kenez, *Stalinism as Humdrum Politics*; Alfred G. Meyer, *Coming to Terms with the Past and with One's Older Colleagues*; Sheila Fitzpatrick, *Afterword – Revisionism Revisited*; alle in: *Russian Review* 45 (1986), S. 357 ff.; zu den Säuberungen exemplarisch: J. Arch Getty, *Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938*, Cambridge u. a. 1985; zum Paradigma insgesamt vgl. Hans-Henning Schröder, *Stalinismus „von unten“? Zur Diskussion um die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Herrschaft in der Phase der Vorkriegsfünfjahrpläne*, in: Geyer, *Umwertung der sowjetischen Geschichte*, S. 133 ff.

⁹³ *Stalins Briefe an Molotow*, in diesem Sinne auch der einführende Kommentar von Lars T. Lih, S. 17 ff. (vgl. Anm. 25).

sen, der im Januar 1930 die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ verfügt, sie in „Kategorien“ eingeteilt und allgemeine Richtgrößen vorgegeben hatte; und es war erneut das Politbüro, das im Sommer 1937 die Lokalbehörden aufforderte, „alle Kulaken und Verbrecher sofort zu verhaften“, „die feindseligsten unter ihnen zu erschießen“, und noch im gleichen Monat den Befehl mit den Vorgaben abzeichnete: 259 450 Verhaftungen, 72 950 Erschießungen. Einige Beispiele von vielen, wie sie Nicolas Werth noch einmal zusammengetragen hat⁹⁴.

Das schloß nicht aus, daß die eingeleiteten Maßnahmen eine Eigendynamik entwickelten: So legten die zur Durchführung der Massenkollektivierung eingesetzten Kräfte im Winter 1929/30 diensteifrig ein Tempo vor, das die Frühjahrssaat gefährdete. Oder um beim eben genannten Beispiel zu bleiben: Angesichts der Allgegenwart von „kulakischen“, „kriminellen“ und „gefährlichen Elementen“ genügten den Lokalbehörden die vorgesehenen 72 950 Erschießungen nicht; mit zahlreichen Anträgen an das Politbüro zur Erhöhung ihrer regionalen Quoten erreichten sie, daß über 200 000 Menschen mehr erschossen wurden und die Aktion statt der vorgesehenen 4 Monate über ein Jahr dauerte. Vergleichbares ist überzeugend auch für die Stachanow-Bewegung gezeigt worden, die statt des angestrebten Mobilisierungseffekts für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft ausgesprochen dysfunktionale Züge entwickelte⁹⁵. Doch daß die Führung damit die Entwicklung völlig aus der Hand gab, ist nicht ersichtlich; offensichtlich konnte sie sie stoppen, wenn sie es denn wollte: So unterband ein Artikel Stalins in der „Prawda“ vom 2. März 1930 (vorübergehend) die Fortsetzung der Massenkollektivierung⁹⁶. Und so wie die Führung die „Exzesse des NKWD“ in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ausgelöst hatte, setzte sie ihnen auch ein (vorläufiges) Ende: mit dem Dekret des Zentralkomitees am 17. November 1938⁹⁷.

Mit der ersten der hier erörterten Fragen ist auch die zweite eng verbunden: die Frage nach dem „Sinn“, der Funktion des Terrors. Die ältere Forschung machte ihn in einer Gemengelage von Politik und Ideologie aus: Er half Stalin, seine Macht und Alleinherrschaft zu sichern, die ihn in den Stand setzten, das Leitbild einer industriellen, sozial-homogenen, „kommunistischen“ Gesellschaft zu verfolgen, wobei er wiederum das ideologische Endziel zur Sicherung von Macht und Alleinherr-

⁹⁴ Werth, S. 165 f., 209 f., 211. Wie Stalin das Politbüro selbst instrumentalisierte, zeigt der erwähnte Dokumentenband *Stalinskoe Politburo v 30-e gody* schon daran, daß die Zahl der Sitzungen von etwa 60 Sitzungen (1931) auf 14 Sitzungen (1933) zurückging, und offenkundig nahm die Zahl der regulären Sitzungen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre eher weiter ab als zu. Die Säuberungen machten auch vor dem Politbüro nicht halt, wie die Verhaftung und Liquidierung von einem Vollmitglied (Stanislav Kosior) und vier Kandidaten (Jan Rudzutak, Pavel Postyšev, Vlas Cubar', Robert Ejche) zeigen.

⁹⁵ Vgl. Robert Maier, *Die Stachanow-Bewegung 1935–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft*, Stuttgart 1990.

⁹⁶ „Vor Erfolgen vom Schwindel befallen“, *Pravda*-Artikel vom 2. 3. 1930, wiederabgedruckt in: J. W. Stalin, *Werke*, Dortmund 1976, S. 168 ff.

⁹⁷ Werth, S. 212.

schaft nutzte. Die sozialgeschichtliche Forschung setzte auch hier die Akzente anders. Zieht man die Argumente zusammen, so ließ sie schon die Auseinandersetzungen in der Führungsgruppe nach dem Tod Lenins vor allem als Ringen um die entwicklungspolitischen Alternativen, als „Industrialisierungsdebatte“ erscheinen⁹⁸. In dieser Perspektive erhielt die Kollektivierung einen zusätzlichen Sinn: Sie setzte Arbeitskräfte für den Industrialisierungsprozeß frei, die anderweitig nicht zu gewinnen waren⁹⁹. Doch aus dem Dorfe kommend, behielten die Arbeiter ihren bäuerlichen Lebensrhythmus bei, gingen im Sommer zu Zehntausenden aufs Dorf zurück oder wechselten von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz. Vor Ort, wo die neuen schwerindustriellen Zentren entstehen sollten, im Ural und jenseits des Ural, Gegenden, die vorläufig nichts zu bieten hatten als Unwirtlichkeit, war es ein ständiges Kommen und Gehen¹⁰⁰. Das legte den Gedanken (so diese Argumentation weiter) nahe, das System der Zwangsarbeit auszuweiten, und es waren vor allem die lokalen Partei- und Wirtschaftsfunktionäre, etwa im Ural, die ihn fortspannen und sich mit entsprechenden Gesuchen an die Zentrale wandten¹⁰¹. Zwangsarbeiter konnten über die Masse fehlende technische Mittel und Maschinen ersetzen, und der erfolgreiche Abschluß eines Großprojektes spornte die Zentrale zu neuen an. Selbst für die Säuberungen der Jahre 1936–1938 glaubte man, ökonomische Hintergründe ausmachen zu können. Auch wenn sie politisch begannen und sich zunächst gegen ehemalige Oppositionelle richteten (wobei noch nicht ausgemacht sei, ob die Vorwürfe der „Verschwörung“ und „Spionage“ wirklich völlig aus der Luft gegriffen waren¹⁰²), hätten erst die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten und die fallenden Produktionsziffern in industriellen Kernbereichen, die Schlagwetterkatastrophe im Kohlebergwerk von Kemerovo, die Ernennung Nikolai Jeschows zum Leiter des NKWD nur wenige Tage später und die Wendung der Repressionen gegen Industriemanager und Ingenieure ihnen jene ungeheure Stoßkraft verliehen – wie umgekehrt Rücksichtnah-

⁹⁸ Vgl. Alexander Erlich, *Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928*, Frankfurt/Wien 1971.

⁹⁹ Vgl. John L. Scherer/Michael Jakobson, *The Collectivisation of Agriculture and the Soviet Prison Camp System*, in: *Europe-Asia Studies* 45 (1993), S. 533 ff. (Zitat S. 543: „Inmate labour was used to fulfil the economic plans“); Hiroaki Kuromiya, *Stalin's Industrial Revolution. Politics and Workers, 1928–1932*, Cambridge u. a. 1988, S. 201 ff., 213 ff.

¹⁰⁰ Vgl. ders., *The Commander and the Rank and File: Managing the Soviet Coal-Mining Industry, 1928–33*; Stephan Kotkin, *Peopling Magnitostroi: The Politics of Demography*; beide in: William G. Rosenberg/Lewis H. Siegelbaum (Hrsg.), *Social Dimensions of Soviet Industrialization*, Bloomington/Indianapolis 1993, S. 63 ff., 166 ff., hier bes. 83 f., 148 f. Vgl. auch Stephan Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley/Los Angeles/London 1995, S. 81 f., wie in Magnitostroj die Ankunft der deportierten Kulaken das vorher heftig diskutierte Problem des Arbeitskräftemangels löste.

¹⁰¹ Vgl. James R. Harris, *The Growth of the Gulag. Forced Labor in the Urals Region, 1929–31*, in: *Russian Review* 56 (1997), S. 265 ff. (Zitat: „The vast and sudden expansion of the camp system was driven by the pull of industrial regions desperate to overcome acute labor shortages and the push of agricultural regions anxious to crush peasant resistance to local authority“, S. 279).

¹⁰² Vgl. Robert W. Thurston, *Life and Terror in Stalin's Russia*, New Haven u. a. 1996, passim.

me auf die Wirtschaft zwei Jahre später dazu beigetragen habe, die Repressionen zu beenden¹⁰³.

Auch Nicolas Werth greift diesen Gedanken immer wieder auf und verweist auf die wirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeit: Angesichts der von der Regierung begonnenen und mit Zwangsarbeitern durchgeführten Großprojekte hätte man Anfang der dreißiger Jahre eher mehr von ihnen gebraucht, als man hatte. Abgesehen davon, daß sie nicht weglaufen konnten: Ihre Arbeitsnormen waren bedeutend höher, und ihre Bezahlung war noch niedriger als die der freien Arbeiter. Und selbst wenn sich ihr Beitrag zur volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion eher bescheiden ausnahm, in einzelnen Bereichen wie im Kanal-, Straßen- und Eisenbahnbau, in der Holzindustrie, in den Kohlebergwerken, bei der Gold- und Nickelgewinnung schien ihr Anteil durchaus nicht unbedeutend, zumal bei der geographischen Lage der Produktionsstätten (im hohen Norden, am Polarkreis, in Ostsibirien) und der Härte der Arbeitsbedingungen (etwa in den Bergwerken) schwerlich freie Arbeiter zu finden gewesen wären¹⁰⁴.

Doch nicht allein Werths Untersuchungen führen vor Augen, daß bei der Deportation der Kulaken, den großen Säuberungen und der Umsiedlung der Nationalitäten politisch-ideologische Überlegungen, nicht Gedanken an Zwangsarbeit im Vordergrund standen. Darauf wies schon der Umstand hin, daß es keine Vorausplanung für die Zielgebiete gab und eine Kommission für die Ansiedelung der Kulaken erst im Nachhinein gebildet wurde. Sie hatte eher Probleme, die Kulaken überhaupt unterzubringen, als die Qual der Wahl, wem sie sie geben sollte. Nach einem vom Politbüro gebilligten Plan sollten noch bis Ende April 1930 60 000 Kulakenfamilien ausgesiedelt werden, 45 000 in den Norden und 15 000 in den Ural, doch Stalin wollte, wie er nach Sibirien telegraphierte, nicht einsehen, daß man dort „angeblich keine Deportierten aufnehmen konnte“, und kündigte die Überstellung von 15 000 Familien an. Daß das Politbüro 1931 150 000 Kulakenfamilien für Kasachstan bestimmte, könnte als Maßnahme der Regionalförderung gedeutet werden. Doch weil Kasachstan nicht in der Lage schien, 150 000 aufzunehmen, wurden dann doch nur 56 000 geschickt¹⁰⁵.

Daß politisch-ideologische Überlegungen den Ausschlag gaben, bestätigte indirekt auch Berija, als er den Posten Jeschows übernahm. In einem Schreiben an das Politbüro vom 10. April 1939 merkte er an, unter seinem Vorgänger habe die Jagd auf

¹⁰³ Vgl. Roberta T. Manning, *The Soviet Economic Crisis of 1936–1940 and the Great Purges*, in: Getty/Manning, *Stalinist Terror*, S. 116 ff. (Zitat S. 117, 141: „These economic difficulties contributed substantially to the expansion of political terror [...] In the end, however, the economic problems that contributed to the upsurge in terror in 1936–8 ultimately worked to temper the repression“).

¹⁰⁴ Die Frage ist so neu auch nicht, vgl. David J. Dallin/Boris I. Nicolaevsky, *Forced Labor in Soviet Russia*, New Haven 1947, hier insbesondere auch die Frage nach dem Zusammenhang mit dem 1. Fünfjahrplan (S. 206 ff.). Werth, S. 155, 162, 170 f., 226 ff. Dazu auch als Zusammenstellung und Überblick: Edwin Bacon, *The Gulag at War. Stalin's Forced Labour System in the Light of the Archives*, London/New York 1994, der sich keineswegs nur auf den Krieg bezieht.

¹⁰⁵ Belege bei O. V. Chlevnjuk, *Prinuditel'nyj trud v ekonomike SSSR, 1929–1941 gody*, in: *Svobodnaja mysl'* 1992, N° 13, S. 73 ff.; ders., *The Objectives of the Great Terror, 1937–1938*, in: Julian Cooper/Maureen Perrie/E. A. Rees (Hrsg.), *Soviet History, 1917–53. Essays in Honour of R. W. Davies*, New York 1995, S. 158 ff.; Davies, *Soviet History in the Yeltsin Era*, S. 172 ff.

den Feind vor gesunder Wirtschaftsführung Vorrang gehabt. Um den Produktionsplan zu erfüllen, sei es aber nicht nur nötig, den Arbeitstag auf 11 Stunden auszudehnen und Drückeberger hart zu bestrafen. Ebenso müsse die Versorgungsration erhöht werden; sie sei berechnet für Häftlinge, die im Gefängnis säßen, mit der Folge, daß Hunderttausende arbeitsunfähig seien und, was er so deutlich wohl nicht sagte, starben¹⁰⁶. Von einer dauerhaften Besserung der Haftbedingungen konnte jedoch auch danach nicht die Rede sein, im Krieg nicht und auch nicht in der ersten Nachkriegszeit, im Gegenteil. So sank die Produktivität der Zwangsarbeit bei steigender Mortalität und zeigte früh deren Grenzen, von der Unsinnigkeit mancher Großprojekte, wie dem Bau der Eisenbahnlinie zwischen Ob und Jenissei, ganz abgesehen. Doch wird man der Frage, welche Rolle die tatsächliche oder vermeintliche Wirtschaftskraft der Zwangsarbeit spielte, in den Planungen der Zentrale wie in den Diskussionen der Lokalbehörden, wann sie einsetzten und gegebenenfalls wann wieder verebbten, weiter nachgehen müssen.

Hier wie bei den bereits erörterten Fragen des Herrschaftssystems könnte der Vergleich mit dem nationalsozialistischen Deutschland weiterhelfen, jedenfalls weiter als bei der Aufrechnung von Opferzahlen. Daß das „Vergleichen“ hieße, Rußland und Deutschland, Kommunismus und Nationalsozialismus generell „gleichzusetzen“, sehe ich nicht; die Unterschiede sind in der Tat gewaltig, schon ein flüchtiger Blick auf die Landkarte und in die Parteiprogramme wird Skeptische überzeugen. Auch ist die Forderung des „Vergleichs“ nicht neu und bestimmte stärker die Forschungspraxis, als manche es wahrhaben wollen; daß die erörterten „russisch-sowjetischen“ Probleme sich unschwer mit Begriffen wie „Programmologen versus Funktionalisten“, „Führerstaat versus Polykratie“, „Empfänglichkeit und Resistenz von Sozialmilieus“ fassen lassen, ist ja kein Zufall.

Dazu nur einige, vorläufige Anmerkungen: Aus der langen Debatte über das nationalsozialistische Herrschaftssystem ist zu lernen, daß intentionalistische und funktionalistische Betrachtungsweise keinen Gegensatz bilden, sondern sich ergänzen; sie fördern unterschiedliche Aspekte ein und derselben Sache zutage. Hitler, seine programmatischen Vorstellungen und der „totalitäre“ Anspruch bei ihrer Durchsetzung sind als geschichtliche Größen nicht einfach wegzudenken; das gleiche gilt für Lenin, Stalin und den Bolschewismus. Doch daß sie dafür einen genauen Fahrplan und einen durchrationalisierten, allumfassenden Apparat besaßen, war ein Mythos, den das Regime selbst nährte. So stößt man je nach Untersuchungsobjekt und -ebene auf autoritär-hierarchische, polykratisch-rivalisierende oder auch ungeklärt-chaotische Machtbefugnisse – sofern nicht überhaupt (vor allem auf dem Dorf und an der Peripherie) unter neuem Namen Altes fortlebte. Doch wie der Apparat auf mittlerer und unterer institutioneller Ebene landesweit wirklich funktionierte, darüber wissen wir noch relativ wenig¹⁰⁷.

¹⁰⁶ Vgl. Werth, S. 228 (Beleg bei ihm nicht eindeutig).

¹⁰⁷ Wobei sogleich hinzugefügt sei, daß entsprechende Studien selbst für die zentralen Kopfbehörden noch weitestgehend fehlen.

Wie für den Nationalsozialismus gilt, daß das System mit dem einfachen Muster von Befehl und Gehorsam nicht hinreichend zu beschreiben ist; es funktionierte zu einem erheblichen Teil über Führergräubigkeit und Loyalität. Das macht auch hier den Übergang von Tätern zu Opfern fließend und das Verhältnis zwischen institutioneller Lenkung und subjektiver Konditionierung, ideeller Überzeugung und materiellen Interessen komplex. Ihm wäre an Einzelpersonen der mittleren und unteren Funktionärebene weiter nachzugehen (wie sie etwa Ulrich Herbert für einen nationalsozialistischen „Schreibtischtäter“ vorgelegt hat¹⁰⁸).

Ähnlich vielgesichtig war der Terror: Er diente der Machtsicherung und -erhaltung, erstickte jegliche Opposition; er diente der Ausschaltung resistenter oder auch nur residualer Sozialmilieus und Lebensformen, gleich ob sozialökonomisch, religiös oder national bestimmt, die der Schaffung des „neuen Menschen“, der „neuen Gesellschaft“ im Wege standen; er diente dem Austausch der Eliten – und erzeugte mit all dem über die Abschreckung hinaus zugleich neue Loyalitäten.

Hier wie dort rangierte offenkundig die Politik vor der Ökonomie, auch beim Einsatz des Terrors. Seine Ökonomisierung, der Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge, erfolgte in Deutschland erst unter den Bedingungen des Krieges (wie jüngste Untersuchungen gezeigt haben), in der Sowjetunion verstärkt seit Ende der zwanziger Jahre, in einer Umbruchsituation, der Züge eines Bürgerkrieges, eines Krieges gegen die eigenen Bürger trug. Offenkundig zeigten die Organisationsformen, das Ausleihen von Häftlingen durch SS bzw. NKWD an Wirtschaftsunternehmen, manche Parallelen. Sofern man darauf große Erwartungen gesetzt hatte, wurden sie hier wie dort eher enttäuscht. Vergleichsstudien zu jenen Arbeiten, wie sie aus einem Projekt des Münchner Instituts für Zeitgeschichte zum verzweigten Lagerkomplex in Auschwitz hervorgegangen sind, könnten helfen, die Gemeinsamkeiten wie die Unterschiede deutlich zu machen¹⁰⁹.

Kommunismus und Nationalsozialismus, so hat François Furet Mitte der neunziger Jahre geschrieben, sind zwei feindlich-verwandte Ausgeburten des Ersten Weltkrieges, einig in der Ablehnung der „bürgerlichen“ Demokratie¹¹⁰. Sie prägten unser „Jahrhundert der Extreme“, um das Wort Eric Hobsbawms aufzugreifen¹¹¹; das Zeit-

¹⁰⁸ Vgl. Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996.

¹⁰⁹ Vgl. Sybille Steinbacher/Bernd Wagner, Kolloquium zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, in: *VfZ* 44 (1996), S. 459ff.; die daraus hervorgegangenen Dissertationen der beiden Verfasser, von Sybille Steinbacher und Bernd Christian Wagner, über die deutschen „Germanisierungskonzepte“ in Ostpolen, die Planung von Auschwitz als „Musterstadt der deutschen Ostsiedlung“, die Ansiedelung des Buna-Werkes der IG-Farben A. G. in der Nähe des Konzentrationslagers, die Lagerwirklichkeit und das Häftlingsleben, schließlich die Genese der Mordpolitik bis zum Genozid, sind inzwischen abgeschlossen und stehen vor der Veröffentlichung. Vgl. auch Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hrsg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, 2 Bde., Göttingen 1998.

¹¹⁰ Vgl. François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1996.

¹¹¹ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

alter der Massengesellschaft und -demokratie; der populistischen Bewegungen und totalitären Ideologien, die es hervorbrachte, mit ihren Versprechungen einer besseren, freieren und gerechteren Welt; der Versuche, Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde umzugestalten, mit allen Mitteln, politische, soziale und ethnische Säuberungen eingeschlossen; in vielfacher Weise verschränkt mit dem Gegensatz von arm und reich im Innern, von fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Nationen in den Außenbeziehungen. Auch diesen gemeinsamen Wurzeln wäre weiter nachzugehen. Daß dieser Schoß noch fruchtbar ist, mag – am Ende dieses Jahrhunderts – der eine oder andere bezweifeln, daß uns seine Folgen noch lange beschäftigen werden, sicher niemand.

VI.

Für die meisten ehemaligen Sowjetbürger scheint diese Vergangenheit inzwischen sehr viel weiter zurückzuliegen als acht, zehn Jahre. Für diejenigen, die in Regionen wohnen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion aus dem Staatsverband ausgeschieden sind, ohnehin, aber auch für die Bürger Rußlands. Neue Probleme haben die Geschichte aus den Schlagzeilen gedrängt, selbst in Publikationen, die einst als Organe der Perestroika galten. Historische Journale (wie „Fragen der Geschichte“), die Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre ihre Auflage auf das Zehnfache steigern konnten, haben diese Leserschaft längst wieder verloren¹¹². Die Zuschauer, die gespannt das Geschehen an der „offenen historischen Großbaustelle“ verfolgten, sind allmählich weggeblieben, und die Forscher, die dort weiter tätig sind, gleichen eher armen Archäologen, die Dokumentationsgrabungen vornehmen, bevor die schnellebige Zeit alle Spuren verwischt. Oder es sind ausländische „Gastarbeiter“, die das Rückflugticket bereits in der Tasche haben. Doch das ist ein Thema für sich.

¹¹² So war die Entwicklung der hier häufig zitierten Zeitschrift „Voprosy istorii“ (Fragen der Geschichte) kein Einzelfall: Sie konnte ihre Auflagenhöhe, die 1985 bei 16 000 lag, Anfang der neunziger Jahre auf über 100 000 Exemplare steigern, aber 1995/96 sank sie wieder auf 11–12 000. Auch bei einer Perestrojka-Zeitung wie „Argumenty i fakty“ (Argumente und Fakten) hat sich deutlich der Themenschwerpunkt verschoben. Selbst die Reaktion auf das Schwarzbuch war hier eher verhalten, „rein akademisch“, vgl. Jutta Scherrer, „Laßt die Toten ihre Toten begraben“. Warum Rußland von den sowjetischen Massenverbrechen nichts wissen will, in: Die Zeit 1998, N° 28, S. 40.